Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung ◊◊◊◊◊◊ der Freien Stadt Danzig ◊◊◊◊◊◊

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 270 | Donnerstag, den 18. November 1920 | 11. Jahrgang

Danzigs Verfassung festgesetzt

Entscheidung ohne Danzig und Polen.

Schneller als erwartet wurde, ist auch die Entscheidung über die Verfassung der Freien Stadt gefallen. In der gestern nachmittag stattgefundenen Sitzung des Völkerbundrates hat sich dieser mit der Frage der Danziger Verfassung beschäftigt und waren eigenartigerweise die Vertreter Danzigs und Polens zu dieser Sitzung nicht eingeladen. Vielmehr ist nach einer Prüfung des Berichtes über die von dem Danziger und von dem polnischen Vertreter aufgeworfenen Fragen der Text der Verfassung endgültig festgesetzt worden. Nach Beendigung der Sitzung sollen die gefaßten Beschlüsse dann den Vertretern Danzigs und Polens mitgeteilt sein.

Da bis zur Stunde keine Nachrichten über den festgesetzten Wortlaut der Verfassung resp. über Aenderungen des Entwurfes der Verfassung vorliegen, so schwebt die Beurteilung, in welchem Sinne die Entscheidung getroffen ist, vollständig im Dunkeln.

Immerhin läßt die schnelle Entscheidung die Deutung zu, daß wesentliche Aenderungen an dem Verfassungsentwurf nicht erfolgt sind. Von außerordentlicher Wichtigkeit und schwerwiegendster Bedeutung war der Vorstoß der Polen, den militärischen Schutz übertragen zu erhalten. Da entgegen den ersten Meldungen, daß die Vertreter Frankreichs und Englands diesen polnischen Antrag unterstützten, jetzt bekannt geworden ist, daß beide Staaten dem polnischen Verlangen nicht beigetreten sind, so gewinnt die Aussicht Raum, daß der Danziger Vorschlag, den militärischen Schutz des Hafens dem neutralen Staat zu übertragen, aus dessen Mitte der Vorsitzende des Hafenausschusses genommen wird, die Zustimmung des Völkerbundrates finden wird oder bereits gefunden hat. Die militärische Auslieferung Danzigs an Polen wäre die Uebertreibung des Unrechtes an Danzig, wie es schlimmer nicht gedacht werden könnte, und würde ein Hohn auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten, der bestimmt, daß Danzig unter dem Schutze des Völkerbundes steht. Die durch eine polnische militärische Besetzung ausgesprochene völlige Ueberantwortung Danzigs an Polen wäre eine Durchlöcherung des „Friedenswerkes“ von Versailles, das dann selbst von seinen Erzeugern zu einem Fetzen Papier herabgewürdigt würde.

Von der Tagung des Völkerbunds.

Genf, 16. Nov. In der Völkerbundversammlung beantragte Lord Robert Cecil-Südafrika, die Kommissionssitzungen öffentlich abzuhalten. Der Völkerbund müsse einen mutigen Schritt vorwärts machen und mit den Gepflogenheiten der Geheimdiplomatie endgültig brechen. Die öffentliche Meinung der Welt hätte ein Recht, in vollem Umfange zu erfahren, nicht nur was in der Versammlung, sondern auch was in den großen Kommissionen geschehe. Im Laufe der Aussprache beantragte Viviani-Frankreich, daß die Protokolle der Kommissionsverhandlungen veröffentlicht würden, die Verhandlungen selbst aber nicht öffentlich sein sollten. Fisher-England ersuchte Cecil, seinen Antrag zugunsten des Antrages Viviani zurückzuziehen. Cecil erklärte sich damit einverstanden unter der Bedingung, daß die Protokolle so rasch wie möglich veröffentlicht würden. Präsident Hymans stellte Einigung darüber fest, daß die Verhandlungen der Kommissionen nicht öffentlich sein, daß aber die Protokolle so rasch wie möglich veröffentlicht werden sollten.

*

Genf, 17. Nov. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung führte Pueyrredon, argentinischer Minister des Aeußern, aus: Für die Aufnahme eines Mitgliedes müsse es genügen, wenn irgendein souveräner Staat seinen Willen kundgibt, dem Völkerbund beizutreten. Argentinien erhofft die Schaffung eines obligatorischen Schiedsgerichts und einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Hagerup (Norwegen) legte Nachdruck auf die Abrüstungsfrage. Lord Cecil (Südafrika) trat für die Oeffentlichkeit der Verhandlungen ein. Sodann besprach er die Danziger Frage und die armenische Frage sowie den polnisch-litauischen Konflikt, der von so großem Interesse sei, daß die Welt ein Recht habe, darüber vollständig unterrichtet zu werden. Das in Brüssel angeschnittene Finanzproblem möge ebenfalls der Völkerbundversammlung unterbreitet werden. Die Zollabsperrungen müssen verschwinden und die militärischen Ausgaben stark verringert werden. Der Völkerbund müsse grundsätzlich eine Politik der Versöhnung treiben. Redner appellierte zum Schluß an die Versammlung, daß sie sich zu energischen Maßnahmen entschließe, um den Geist des Völkerbundes wirklich lebendig zu gestalten. —

Die von Frankreich durchgesetzte nichtöffentliche Tagung läßt leider die lebendige Gestaltung des Völkerbundgedankens nicht erkennen, sondern bedeutet vielmehr den Sieg der chauvinistischen Geheimpolitiker Frankreichs.

Erleichterter Verkehr durch den Korridor.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Möglichkeit einer **Wiederaufnahme des direkten Verkehrs zwischen dem Reiche und Ostpreußen durch den polnischen Korridor** unter Beseitigung der Schwierigkeiten, die bisher dem über Stettin—Danzig geleiteten Verkehr bereitet werden, sind, wie B. T. von zuverlässiger Seite erfährt, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die berechtigten deutschen Forderungen sind dabei noch keineswegs alle erfüllt, und die deutsche Regierung darf und wird nicht aufhören, auf die Unmöglichkeit und auf das Unrecht hinzuweisen, das der Korridor an sich bedeutet. Es muß aber anerkannt werden, daß die deutschen Vertreter bei den Verhandlungen mit Erfolg auf das hingearbeitet haben, was zunächst zu erreichen war, und daß ihnen in dieser Beziehung die Gegenseite bis zu einem Grade gefolgt ist, der immerhin eine erhebliche Verbesserung und Erleichterung des ostpreußischen Verkehrs verspricht.

Das Abkommen, das den Verkehr auf der Strecke Königsberg—Dirschau—Konitz—Schneidemühl regelt, ist abgeschlossen und soll demnächst in Kraft treten. Vorgesehen sind **zwei Schnellzugspaare**, eines bei Tag, eines bei Nacht, deren Fahrpläne in nächster Zeit bekanntgegeben werden. Zur Benutzung dieser Züge sind folgende Personen unter folgenden Bedingungen berechtigt: 1. Deutsche Reichsangehörige mit Personalausweis. Der Ausweis muß enthalten: einen Nachweis der Reichsangehörigkeit, Lichtbild, Unterschrift und Stempel der ausstellenden Behörde; ein **Paßvisum ist nicht erforderlich**, vielmehr genügt ein Personal- oder Polizeiausweis; 2. Angehörige der alliierten oder neutralen Staaten mit Pässen ihrer eigenen Länder; 3. polnische Staatsangehörige mit polnischen Pässen; 4. Militärtransporte sind ausgeschlossen. Einzelne Militärpersonen ohne Waffen sind zugelassen. Die Mitnahme von Feuerwaffen usw. ist an besondere Bedingungen geknüpft, die nach genauer Formulierung bekanntgegeben werden sollen. **Einsteigen und Aussteigen im Gebiet des Korridors ist verboten; ebenso das Hinein- und Herausgeben von Geld, Gepäckstücken und dergleichen in und aus den Zügen.** Die Kontrolle der Personalausweise erfolgt in den Zügen während der Fahrt. Postwagen gehen mit den Zügen mit. Irgendwelche Zollabgaben oder Formalitäten bleiben ausgeschlossen. Die Züge werden grundsätzlich von polnischen Lokomotiven und polnischen Beamten gefahren. Solange Polen hierzu nicht genügend Material hat, wird Deutschland ihm eine gewisse Anzahl Lokomotiven zur Verfügung stellen. Die Verbindung nach Ostpreußen über Stettin—Danzig bleibt neben dieser direkten Verbindung durch den Korridor aufrechterhalten.

Schweres Bergwerksunglück in Westfalen.

Dortmund, 16. Nov. (Vorwärts.) Heute nachmittag 6 Uhr riß auf Schacht II in der Zeche „Westfalen“ in Ahlen in Westfalen das Förderseil. Beide Körbe stürzten in den Grund. Fünfzehn Mann sind tot.

Die Bolschewisten in Sewastopol.

Konstantinopel, 15. Nov. (W. T. B.) Die Bolschewisten haben Sewastopol gestern genommen. Wrangel hat Sewastopol als letzter verlassen. Sofort nach der Räumung der Stadt durch die Truppen Wrangels haben sich örtliche Sowjets gebildet. Die Einschiffung ging in bester Ordnung vor sich.

*

Ueber Paris wird vom 16. November durch W. T. B. gemeldet, daß die Trümmer des Wrangelschen Heeres heldenmütigen Widerstand leisten, die Lage sei jedoch unhaltbar. Viele Offiziere hätten sich erschossen, um der roten Armee nicht in die Hände zu fallen. Man erwartet in Konstantinopel das Eintreffen von 25.000 Flüchtlingen.

Hat der Sozialismus versagt?

Wenn man die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland seit der Novemberrevolution des Jahres 1918 rein äußerlich betrachtet, so muß man unumwunden einräumen, daß manche Hoffnungen, die die Anhänger und Verkünder des Sozialismus auf ihn gesetzt hatten, unerfüllt geblieben sind. Daraus erklärt sich die Enttäuschung jener Volkskreise, die rein gefühlsmäßig in den Bannkreis des sozialistischen Gedankens hineingeraten waren und ohne eine tiefere Einsicht in das Wesen menschlicher Wirtschaft und Gesellschaft von der Revolution eine schnelle Umgestaltung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erwarteten. Es herrschte in weiten Schichten der Bevölkerung ein wahrer Wunderglaube an die Wirkungsmöglichkeit einer Revolution, trotzdem ja **eine jede Revolution in Wirklichkeit weiter nichts ist, als der Umsturz des Bestehenden und die Hinwegräumung aller jener Hindernisse, die bislang einer freien Entwicklung den Weg versperrten.** Man wußte nicht, daß nach einer Revolution, wenn die Bahn freigemacht ist, der Aufbau einer neuen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung einsetzen muß und daß es hierzu der positiven Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten bedarf. Man wußte auch nicht, daß sich **dieser Aufbau nur langsam und allmählich, auf dem Wege der Evolution, vollziehen kann, daß der Sozialismus ein Entwicklungsvorgang** ist und daß zu seiner Verwirklichung nicht nur ein von Erfahrung, Sachkunde und sittlicher Tüchtigkeit getragener ernster Wille zur Arbeit, sondern auch Geduld und Zähigkeit gehört. **Man hatte vergessen, daß zum Bau einer sozialistischen Gesellschaft neben dem Wollen und Wünschen auch das Kennen und Können die unabweisbare Vorbedingung sind.** Daran hat es in hohem Maße gefehlt, und daraus erklärt es sich im wesentlichen, daß die Revolution so manche Erwartungen enttäuscht hat.

Aus dieser Unkenntnis der Gesetze sozialer Entwicklung heraus ist die Enttäuschung und Ernüchterung entsprungen, die sich wie ein giftiger Mehltau über die grünen Hoffnungssaaten gelegt haben. Zum Unglück für die deutsche Arbeiterklasse wurde diese Stimmung von gewissenlosen und verantwortungslosen Elementen, die im Trüben fischen wollten, noch planmäßig genährt und zu selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht. Es wurde den Massen verschwiegen, daß der baldigen Verwirklichung der sozialistischen Ideale schier unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, es wurde ihnen vielmehr gesagt, daß die geringen positiven Erfolge der Revolution auf den bösen Willen der Führer zurückzuführen seien, die sich dem Kapitalismus verkauft und das Proletariat verraten hätten. Diese demagogische Methode, die die schlechtesten Instinkte in der Massenseele aufpeitschte, brachte es fertig, große Arbeiterscharen ins radikale Fahrwasser zu treiben und auf der andern Seite zahlreichen Proletariern die Lust an der Arbeiterbewegung zu nehmen. Durch die Schuld dieser Verschofelungs- und Verhetzungspolitiker ist es dahin gekommen, daß Radikalismus und Indifferentismus gleicherweise die Durchsetzung der sozialistischen Forderungen erschweren und daß das deutsche Proletariat vor der Gefahr steht, um die Früchte der Revolution betrogen zu werden. **Glücklicherweise findet die alte Sozialdemokratie, die wie ein Leuchtturm in der Brandung allen Stürmen standhält, eine immer wachsende Unterstützung durch jene Proletariermassen, die infolge ihrer Einsicht und Schulung wissen, daß nicht der Umsturz eines Hauses das Ziel ist, sondern daß der Aufbau des neuen Hauses den Umsturz ergänzen und krönen muß.** Wenn nicht alle Anzeichen trügen, gewinnen die ruhigere Ueberlegung und die gesunde Vernunft immer mehr Boden in der klassenbewußten Arbeiterschaft, und aus dieser erfreulichen Tatsache erwächst die Zuversicht, daß es doch noch möglich sein wird, Deutschland aus dem Sumpfe des Kapitalismus in das sozialistische Neuland hinüber zu retten.

Es ist eine viel gehörte Behauptung, daß der [illegible] Sozialismus versagt habe, weil es nicht gelungen sei, ihn aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Manche Leute, besonders aus den Kreisen der Intellektuellen, die schwärmerischen Hoffnungen auf den Sozialismus gesetzt hatten, ziehen sich enttäuscht zurück, weil ihre Blütenträume nicht reiften, und leiten durch ihren Pessimismus Wasser auf die Mühle der Reaktion. Und die Gegner des Sozialismus, die Kapitalisten und ihre Soldknechte, reiben sich vergnügt die Hände und weisen mit hämischem Grinsen auf die angeblichen Mißerfolge der sozialistischen Bewegung hin. Während erstere ihre Hoffnungen begraben und den Dingen ihren Lauf lassen, sind letztere eifrig bemüht, dem vermeintlich bankerotten Sozialismus den Todesstoß zu versetzen und das alte verrottete, wirtschaftlich zusammengebrochene System wieder zum Leben zu erwecken. Daß unter solchen Umständen der demokratische Sozialismus keine leichte Arbeit hat, um sein Schiff durch Wogendrang und Wellenschlag in den sicheren Hafen zu steuern, braucht einem Kenner der Volksseele nicht erst gesagt zu werden.

Bei näherer Betrachtung der Sachlage zeigt sich, daß das Gerede von dem Versagen des Sozialismus wirklich nur ein leeres Gerede ist. Ein jeder auch nur halbwegs sozialistisch geschulter Mensch weiß, daß das Gebäude des Sozialismus nicht im luftleeren Raume der Phantasie errichtet werden kann, sondern daß seine Verwirklichung von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist. Der Kultursozialismus, den wir erstreben, hat eine unerläßliche Vorbedingung, den Wirtschaftssozialismus, und dieser hinwiederum wird bedingt durch ein gesundes Wirtschaftsleben. Aus einem Trümmerfelde kann man nicht im Handumdrehen einen blühenden Garten hervorzaubern, während es verhältnismäßig leicht ist, einen guten Boden in eine wohnliche Siedelstätte umzuwandeln. Es ist eine Utopie, zu glauben, daß der Wille genüge, um den Sozialismus zur Wirklichkeit werden zu lassen: auch die Umwelt spricht dabei entscheidend mit. Das muß ohne weiteres einleuchten, daß die gegenwärtigen Verhältnisse, an denen der Sozialismus doch wahrlich keine Schuld trägt, sehr wenig geeignet sind, die sozialistischen Ideale der Solidarität, der Menschenliebe, der Sozialgerechtigkeit, der sozialen Gleichwertung und der gleichen sozialen Gelegenheit zu verwirklichen. Wenn es das Christentum trotz zweitausendjähriger Tätigkeit nicht fertiggebracht, seine hohen Ideale in die Praxis des Lebens umzusetzen, so sollte man doch billigerweise dem Sozialismus daraus keinen Vorwurf machen, daß ihm dies in der kurzen Spanne von zwei Jahren noch nicht gelungen ist. Der Weg zum Sozialismus führt eben nicht durch die Niederungen des Massenelends und durch das Chaos wirtschaftlichen Zusammenbruchs, sondern über die Höhen allgemeinen Wohlstands. Deshalb sind die Vertreter des demokratischen Sozialismus eifrig bemüht, zunächst unser Volk aus dem kapitalistischen Wirrwarr herauszuführen, und zwar mit sozialistischen Methoden, und dann erst kann die eigentliche Arbeit am Bau des Sozialismus einsetzen. Das mögen sich alle jene Leute gesagt sein lassen, die nicht gelernt haben, zu warten, die vielmehr schon heute die Früchte eines Baumes pflücken wollen, den sie gestern gepflanzt haben.

Und übrigens dürfte man auch wohl die Frage aufwerfen, ob denn der Sozialismus und die sozialistische Bewegung wirklich nichts geleistet haben. Es ist eine beliebte Methode der Leute von links und von rechts, die Erfolge der Revolution zu verkleinern, ein ehrlicher, sachkundiger Beobachter muß zugeben, daß schon sehr viel erreicht worden ist. Nicht nur im politischen Leben, in Staat und Gemeinde, haben die Massen einen größeren Einfluß gewonnen, auch im wirtschaftlichen Leben finden wir die Ansätze zu einem wirklichen Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten. Augenscheinlich ist der Kapitalismus noch lange nicht überwunden, im Gegenteil, er fühlt sich noch sehr wohl und bezeigt keine Lust, auf seine Herrschaft zu verzichten, dennoch aber läßt sich nicht bestreiten, daß die deutsche Arbeiterklasse seit der Revolution eine viel größere Bewegungsfreiheit bekommen hat und daß ihr eine bedeutend größere Möglichkeit gegeben worden ist, ihre Forderungen durchzusetzen, als dies in der vorrevolutionären Zeit der Fall war. Wenn wir dann noch auf die Verfassung hinweisen, deren Bestimmungen allerdings erst mit Fleisch und Blut erfüllt werden müssen, wenn wir uns die Tatsache vor Augen führen, daß Tausende von Proletariern und Proletarierinnen heute schon für den Sozialismus arbeiten, ohne in dieser Arbeit irgendwie behindert zu werden; wenn wir uns der Wahrheit bewußt bleiben, daß sich der Sozialismus, der einstmals verfemt und geknebelt war, heute die Gleichberechtigung und die Ellbogenfreiheit auf allen Gebieten erobert hat, so beweisen wir dadurch, daß nur Blindheit oder Böswilligkeit von einem Versagen der sozialistischen Bewegung reden kann.

Selbstverständlich liegt es in der Natur der Dinge, daß der Sozialismus in der gegenwärtigen schweren Zeit nichts Unmögliches zu leisten vermag. Auch seine Wirkungsmöglichkeit beruht auf der Reife der Menschen und der Verhältnisse, immerhin beobachten wir erfreuliche Anfänge einer Verwirklichung der sozialistischen Gedanken. Gut Ding will Weile haben, und auch Rom ist nicht in einem Tage erbaut. Daraus sollen wir die feste Zuversicht schöpfen, daß es doch noch gelingen wird, das soziale Neuland urbar zu machen, zu dem unsere Sehnsüchte und Hoffnungen wie Pfeile hinüberfliegen, und zugleich sollen wir den unbeugsamen Willen in uns wachhalten, an diesem schweren Werke tatkräftig und selbstlos mitzuarbeiten. Die Novemberrevolution hat das deutsche Proletariat in den Sattel gehoben, jetzt muß es reiten lernen. Es sind schwere Aufgaben, die ihm gestellt werden sind, aber es wird sie erfüllen, wenn es Wollen und Können in sich vereinigt. Dann wird auch das Gerede verstummen, daß der Sozialismus versagt habe, dann, aber auch erst dann wird der Sozialismus aus einer Gefühlssache zu einer Tatsache werden.

Das neue Polenreich.

Auf Grund des Präliminarfriedensvertrages mit Sowjetrußland erhält Polen ein Gebiet, das mehr als die Hälfte so groß ist, wie sein bisheriges in den Grenzen der sogenannten [illegible] enthaltener Reich. Dieses neue Territorium beträgt über 135 300 Quadratkilometer und ist, besonders in Wolhynien, reich an fruchtbarem Boden und Wäldern, in Ostgalizien an Naphtaquellen.

Seine Bevölkerung zählt über 4 000 000 Köpfe, die sich in konfessioneller bezw. nationaler Beziehung folgendermaßen verteilen: Römisch-Katholiken 35,2 Prozent, Griechisch-Orthodoxe 51,2 Prozent, Juden 11,5 Prozent, andere 2,8 Prozent. Das russische Element bildet demnach in diesem Gebiete die erdrückende Mehrheit, das polnische ist besonders in seinem nordöstlichen Teile zahlreich. Die Bevölkerungsdichte ist bedeutend geringer als im bisherigen Polen.

Insgesamt wird nun die polnische Republik nach den Versailler und Rigaer Verträgen einen Raum von 395 619 Quadratkilometer und eine Bevölkerung von 27 105 000 Seelen aufzuweisen haben, wobei letztere sich nach folgenden Konfessionen und Nationalitäten gliedern werden (in den Klammern ist der entsprechende Prozentsatz der Bevölkerung in den bisherigen Grenzen Polens angegeben):

Konfession:

Römisch-Katholiken	62,2	(66,8)	Prozent
Unierte	12,1	(14,1)	„
Griechisch-Orthodoxe	9,3	(2,2)	„
Juden	11,6	(11,5)	„
Evangelische	4,7	(5,1)	„

Nationalität:

Polen	65,3	(70,8)	Prozent
Ukrainer	16,7	(15,8)	„
Weißrussen	3,1		„
Russen	0,5		„
Litauer	0,4		„
Einheimische	0,6		„
Deutsche	5,2	(6,0)	„
Juden	7,4	(6,8)	„
Andere	0,8	(0,3)	„

Die eigentlichen Polen samt ihrer Religion erfahren also nach dem Rigaer Vertrag eine gewisse Abschwächung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, deren überwiegende Mehrheit sie nach wie vor bilden. Von den neu hinzugekommenen Minderheiten, mit denen sie zu rechnen haben werden, tritt besonders die russische in den Vordergrund. Das Los, das sie unter den Fittichen der polnischen Bourgeoisie erwartet, ist angesichts der Erfahrung, die mit dieser z. B. die Juden und Ruthenen gemacht haben, keineswegs zu beneiden.

Die nationalen Minderheiten überhaupt werden jetzt zusammen mehr als die Hälfte der polnischen Bevölkerung ausmachen, was angesichts ihrer beträchtlichen Zahl — diese umfaßt beinahe ein Dutzend fremder Nationalitäten — keine starke Eigenschaft des polnischen, notorisch intoleranten katholischen Staates sein wird. Wir werden es hier mit einer neuen Auflage des alten österreich-ungarischen Hexenkessels und seinen ewigen inneren nationalen Wirren zu tun haben.

Die österreichische Ernährungsnot.

In Oesterreich erlebt man einen besonders tollen Wirbel der Preissteigerungen auf dem Fett- und Fleischmarkt. Echtes Schweineschmalz muß bereits mit 226 bis 232 Kronen das Kilogramm bezahlt werden, während man für ein Kilogramm amerikanisches Schweinefett gleichfalls bis zu 210 Kronen verlangt. Der Absatz geht natürlich unter solchen Umständen ständig zurück, da sich die meisten heute diese Wahnsinnspreise nicht mehr leisten können. Da aber auch die Preise für Margarine dieser Preisbewegung folgen, macht sich der Fettmangel in den Haushaltungen empfindlich bemerkbar. Ein Kilogramm Margarine kostet heute schon 170 bis 180 Kronen, so daß in kaum zwei Wochen eine Verteuerung um etwa 20 Kronen bei einem Kilogramm stattgefunden hat.

Auch bei den verschiedenen Fleischsorten kommt die Aufwärtsbewegung der Preise nicht zum Stillstand. Rindfleisch, das bereits einen Kilogrammpreis bis zu 150 Kronen aufweist, findet natürlich sehr wenig Absatz und auch Schweinefleisch, von dem die besseren Sorten nicht mehr unter 190 Kronen zu haben sind, bleibt zumeist unverkauft. Bessere Sorten Schaffleisch, die noch vor wenigen Tagen einen Kilogrammpreis von höchstens 90 Kronen aufwiesen, haben sich bereits auf 95 Kronen erhöht. Auch das Kilogramm Rauchfleisch kostet schon 160 bis 190 Kronen. Die gleiche Preiserhöhung macht sich natürlich auch immer schärfer auf dem Fisch- und Geflügelmarkt bemerkbar. Gänse werden zu 165 bis 175 Kronen, Enten gleichfalls zu 165 Kronen das Kilogramm verkauft. Für minderwertige Flußfische erhöhen sich die Preise sprunghaft. Während man noch vor ungefähr einer Woche für Brachsen 50 bis 60 Kronen bezahlte, kosten sie heute bereits 90 bis 100 Kronen. Die „Sanierung", die seit dem die Mayr-sozialen Regime eingetreten ist, ist [illegible] die „Wiener Arbeiterzeitung", fängt wirklich schon an, die Bevölkerung an Leib und Leben zu bedrohen.

Volkswirtschaftliches.

Leiter-Konferenz der sozialen Baubetriebe.

Am 24. November fand im Gewerkschaftshause in Berlin die zweite Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe statt. Seit der ersten Konferenz im Februar d. Js. hat sich die Zahl der sozialen Baubetriebe von 40 auf über 100 erhöht. Dementsprechend war auch die Zahl der Delegierten auf über 100 gestiegen. Von den Betrieben haben die meisten die Form der Genossenschaft; 4 sind Gesellschaften m. b. H. und einige sind städtische Regiebetriebe. Die sozialen Betriebe, ohne die städtischen Regiebetriebe, haben bereits mit einem Umsatz von über 100 Millionen Mark. Allein durch ihre Existenz und ihren Wettbewerb haben diese Betriebe der Allgemeinheit gewaltige Summen erspart. Wo sie sich am Wettbewerb beteiligen, hat das private Unternehmertum wieder rechnen gelernt, und soweit die sozialen Betriebe die Arbeiten nicht selbst ausführen, haben sie die Unternehmer zu starken Preisherabsetzungen und zum Verzicht auf übermäßige Gewinne gezwungen.

Die Konferenz wurde vom Genossen Taeplow, dem Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, geleitet, der besonders herzlich die Vertreter des holländischen Bauarbeiterverbandes begrüßte, die erschienen waren, um sich über die Sozialisierungsbewegung in Deutschland zu unterrichten und die deutschen Erfahrungen der holländischen Sozialisierungsbewegung nutzbar zu machen. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen: Allgemeiner Stand der Sozialisierungsbewegung im Baugewerbe. — Gründung von Bezirksverbänden sozialer Baubetriebe. — Arbeitsbeschaffung und Kreditvermittlung. — Stellungnahme zum Konkurrenzkampf mit den privaten [illegible]. — Zentraler Einkauf von Baustoffen und baugewerblichen Produktionsmitteln. —

Den Bericht über die Referate erstattete der erste Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe (früherer Stadtbaurat von [illegible]) Dr. Ing. Martin Wagner. Er schlug im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat und Beirat des Verbandes die Gründung von Bezirksverbänden sozialer Baubetriebe vor. Die Bezirksverbände sollen die Form des Gesamtverbandes haben und neben dem Verband sozialer Baubetriebe, den im Bezirk vorhandenen [illegible] baugewerblichen Arbeiterverbände und der [illegible] sozialen Betriebe [illegible] werden. Aufgaben der Bezirksverbände sollen sein: Die Prüfung der Verhältnisse der Einzelbetriebe bei Anträgen auf Kreditgewährung; die Kreditgewährung selbst; die Gründung neuer Betriebe; die Uebernahme solcher Aufträge, die für den sozialisierten Einzelbetrieb zu umfangreich sind und die Verteilung der Arbeit an die einzelnen Betriebe; die Beschaffung von Baustoffen sowie von Gerüsten, Maschinen und Geräten für die einzelnen Betriebe; die Förderung der Sozialisierung im Bezirk, insbesondere auch die Ausbildung von Betriebsleitern und Betriebsräten; die künstlerische und technische Beratung der einzelnen Betriebe; die Revision der Einzelbetriebe. Es soll angestrebt werden, daß sich an der Gründung einzelner neuer Betriebe außer den Bezirksverbänden und den baugewerblichen Arbeiterverbänden der Orte auch die Gemeinden, der Staat, Wohnungsfürsorgegesellschaften usw. beteiligen, damit die Einzelbetriebe auf eine möglichst gesunde finanzielle Grundlage gestellt werden und ihre Aufgabe, das Bauen zu verbilligen, gut erfüllen können. Sowohl die Einzelbetriebe wie die Bezirksverbände sollen Treuhänderbetriebe der Bauauftraggeber sein. Außer festem Anlagekapital soll der Verband sozialer Baubetriebe für die Bezirksverbände bezw. die Einzelbetriebe auch Kreditkapital beschaffen. Dieses Kreditkapital soll aufgebracht werden durch die Ausgabe von Schuldscheinen, für die der Verband sozialer Baubetriebe die Haftung übernimmt. Die Schuldscheine werden verzinst und können von den baugewerblichen Hand- und Kopfarbeitern entnommen werden.

In der allgemeinen Aussprache wurde in ausgiebiger Weise über die beste Form der sozialisierten Betriebe gesprochen. Eine einheitliche Auffassung wurde darüber nicht erzielt. Die Vertreter der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Leitung des Verbandes hielten die Gesellschaftsform für die beste, weil sie die Beteiligung von Gemeinden, Ländern, gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaften usw. bei der Gründung und Finanzierung viel eher gestatte, als die Genossenschaftsform und weil die Gesellschaften m. b. H. auch finanziell viel sicherer fundiert seien als die Genossenschaften, bei denen der Betrieb durch Austritt von Genossen bezw. durch Kündigung von Anteilen leicht gefährdet werden könne. Die Vertreter der Genossenschaften verwiesen demgegenüber auf die glänzenden Erfolge der Genossenschaften. Herr Stadtbaurat Zigler vom städtischen Baubetrieb Neukölln trat lebhaft für die Kommunalisierung des Baugewerbes ein, mit der man in Neukölln die besten Erfahrungen gemacht habe. Beschlüsse über die Form der Betriebe wurden nicht gefaßt. Man will es der Entwicklung überlassen, welche Form sich in der Praxis am besten bewährt. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmertum seine Macht gewaltig stärke, indem es Kampffonds sammle und sich enger als je zusammenschließe, während sich die Arbeiterschaft durch Zersplitterung im politischen Kampf schwäche. Um die verhaßten sozialen Betriebe niederzuringen, sind die Unternehmer einzelner Orte bereits dazu übergegangen, mit Verlust zu arbeiten. Die sozialen Betriebe können sich das nicht leisten, aber sie setzen der Kampfesweise der Unternehmer den Idealismus und die Arbeitsfreude der Arbeiter in den sozialen Betrieben entgegen.

Der Gründung von Bezirksverbänden in der vom Aufsichtsrat und Beirat vorgeschlagenen Form wurde von der Konferenz zugestimmt. Die Gründung soll nur dort vorgenommen werden, wo bereits eine Notwendigkeit dazu vorliegt. Die Geschäftsleitung wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Beirat Vorschläge zur Aenderung des Genossenschaftsgesetzes auszuarbeiten. Eine Vereinheitlichung der Genossenschaftssatzungen und der ganzen Bewegung soll angestrebt werden.

Beim Punkt Stellungnahme zum Konkurrenzkampf mit den privaten Unternehmerbetrieben wurden eingehend die Praktiken beleuchtet, die das Privatunternehmertum im Kampf gegen die sozialen Betriebe anwendet. Von vielen Baubehörden werden die Privatunternehmer in ihrem Kampf gegen die sozialen Betriebe unterstützt, indem man entweder die sozialen Betriebe überhaupt nicht zum Wettbewerb heranzieht oder ihnen für die Kalkulation völlig unzureichende oder gar irreführende Unterlagen liefert. Die Konferenz richtet deshalb einen Appell an die Vertreter der Arbeiter in den Baubehörden und Gemeindeparlamenten, die größte Wachsamkeit gegenüber diesen Schlichen zu üben, damit das Allgemeinwohl nicht geschädigt wird.

Gewerkschaftliches.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zum Arbeitsnachweisgesetz und Trinkgeld.

In Erfurt tagte der 1. Verbandstag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Diese neu gegründete Gewerkschaft, die ungefähr 100 000 Mitglieder zählt, ist aus dem Verband der Gastwirtsgehilfen, dem Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und dem Verband der Köche entstanden.

Der 1. Verbandstag dieser maßgebenden Gehilfenorganisation im Gastwirtsgewerbe nahm unter anderem zu dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes Stellung. In der angenommenen Entschließung heißt es darüber, daß der Entwurf nicht befriedigt und hinter den Erwartungen weit zurückbleibt, die die Gastwirtsangestellten, die unter der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung stark zu leiden hatten, an dieses Gesetz geknüpft haben. Insbesondere wird das Fehlen des Mitbestimmungsrechts der Fach- und Verwaltungsausschüsse bemängelt. Die Einflußlosigkeit der Interessenten auf die Wahl der Vorsitzenden und Stellvertreter und das Vetorecht der letzteren erwecke kein Vertrauen. Gefordert wird der obligatorische Benutzungszwang der Arbeitsnachweise und darauf hingewiesen, daß die bedingte Meldepflicht der freien Arbeitsstellen nicht genügt. Schärfster Protest wird gegen das Fortbestehen der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung bis 1930 erhoben und das sofortige Verbot der Stellenvermittlung verlangt. Die Verbote der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung durch die Demobilmachungsbehörden sollen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes bestehen bleiben. Ferner wird gegen die Straffreiheit für gelegentliche Vermittlung Einspruch erhoben. Der Kongreß erwartet vom Reichswirtschaftsrat und Reichstag Beschlüsse, die den zu stellenden Anforderungen genügen.

Der Verbandstag nahm ferner zum Trinkgeldsystem Stellung und verurteilt auf das entschiedenste das Bestreben der gastwirtschaftlichen Unternehmer, das Trinkgeldsystem nicht nur weiter aufrecht zu erhalten, sondern es auch dort wieder einzuführen, wo es bereits beseitigt ist, und erwartet von der Gehilfenschaft, daß sie diesen Bestrebungen den größtmöglichsten Widerstand entgegensetzt. Die Hauptverwaltung des Verbandes wird beauftragt, mit allen geeignet erscheinenden Mitteln, evtl. unter Hilfe des Publikums, für die restlose Beseitigung des Trinkgeldsystems zu wirken. Des weiteren fordert der Verbandstag, daß staatliche und kommunale Betriebe bei der Beseitigung des Trinkgeldsystems mit gutem Beispiel vorangehen, da sie in erster Linie verpflichtet sind, den Schiedssprüchen zahlreicher staatlicher Schlichtungsausschüsse und des Reichsarbeitsministeriums Folge zu leisten. Die Bewegung gegen das Trinkgeld soll auch international mit aller Schärfe geführt werden.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 270 | Donnerstag, den 18. November 1920 | 11. Jahrgang

Die Bildungs- und Wirtschaftsnot Danzigs.

Stadtverordneten-Sitzung vom 16. Novbr. 1920.

Eingangs der Sitzung verlas der Stadtverordnetenvorsteher ein Schreiben der Direktion der Straßenbahn, worin diese erklärte, die Wiederaufnahme des Betriebes der Stadtlinie sei abhängig von erhöhter Kohlenzuweisung.

Stadtv. Gaikowski hat sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle wurde Stadtv. Reiske (Zentrum) vom Bürgermeister Dr. Bail in die Stadtverordnetenversammlung eingeführt. Der Bürgermeister wies daraufhin, daß die Tage des Stadtparlaments gezählt sind. Noch kurze Zeit, und Stadtverordnetenversammlung und Magistrat gehören der Geschichte an. In dem schönen Raum werden dann andere Körperschaften tagen.

Die vorgesehenen Wahlen wurden nach den Vorschlägen des Wahlausschusses erledigt.

Die Uferbefestigung in Weichselmünde.

Stadtv. Schmidt (Unabh.) rügte die schlechte Beschaffenheit der Wege, die mangelnde Uferbeleuchtung und den gefährlichen Zustand der Uferbefestigung. Durch den letzteren würden auch die anliegenden Häuser in Mitleidenschaft gezogen. In Anbetracht des nahen Winters sei Abhilfe dringend nötig. Es habe den Anschein, daß Weichselmünde von der Stadtgemeinde stiefmütterlich behandelt wird.

Stadtbaurat Stobbe erwiderte, daß Weichselmündet am 1. April 1914 eingemeindet wurde, während des Krieges konnte an den bestehenden Verhältnissen nicht viel gebessert werden. Vor der Eingemeindung war die Unterhaltung des Ufers Sache der Anlieger. In Kürze würden die Weichselufer wohl von einem besonderen Ausschuß verwaltet werden, der dann auch diese Fragen regeln wird. Die Verhältnisse in Weichselmünde sind verbesserungsbedürftig.

Der Antrag auf Abstellung der Uebelstände wurde einstimmig angenommen.

Der Arbeitsnachweis der Seeleute.

Stadtv. Schmidt (Unabh.) beantragte die Uebernahme des Arbeitsnachweises der Seeleute in kommunale Regie. Jetzt werde der Nachweis von einem Angestellten der Reederfirma Behnke und Sieg verwaltet, der viel zu gering bezahlt werde. Da für ausländische Schiffe noch andere Vermittler auftreten, herrscht ein großer Wirrwarr. Diesen unhaltbaren Zuständen müsse durch einen städtischen Arbeitsnachweis ein Ende gemacht werden.

Stadtsyndikus Berent erklärte, daß der jetzige Nachweis auf paritätischer Grundlage beruhe. Die Stadt sei jedoch zu seiner Uebernahme bereit.

Die Stadtv. Brunzen I (Deutschnatl.) und Fuhlbrügge (F. W. V.) sprachen gegen die Kommunalisierung, weil von den beteiligten Organisationen kein diesbezüglicher Antrag vorliegt.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und einiger Demokraten und Polen abgelehnt.

Ausbau des Statistischen Amtes

verlangte ein weiterer Antrag, der vom Stadtv. Gebauer (Unabh.) begründet wurde. Redner verlangte, daß einwandfreie Statistiken auf allen Gebieten geführt werden. Der Ausbau des Amtes sei aus volkswirtschaftlichen Gründen notwendig. Wichtig sei vor allen Dingen die Feststellung des Existenzminimums nach dem Vorbilde des Dr. Kuczinski vom Statistischen Amt Berlin-Schöneberg.

Stadtrat Dr. Grünspan: Das Statistische Amt ist im Frieden aufgebaut worden. Infolge des Krieges kamen weitere Aufgaben hinzu, vor allem die Krankenstatistik, der Arbeitsmarkt, die Sterblichkeit usw. Auch für den Freistaat werden die Zahlen gesammelt. Das Existenzminimum ist berechnet, aber noch nicht veröffentlicht. (Zuruf des Stadtv. Reek: Veröffentlichen Sie es doch in den Zeitungen!)

Bürgermeister Dr. Bail wies darauf hin, daß für das Statistische Amt bereits erhebliche Mittel aufgewendet wurden. Der Etat des Statistischen Amtes für das Jahr 1920 weise eine Ausgabe von 68 500 Mark auf.

Stadtv. Gen. Arczynski verlangte, daß das vorhandene Material sofort veröffentlicht wird. Dieses könne bei Lohn- und Gehaltsfragen als Maßstab für ein menschenwürdiges Dasein dienen. Bisher wurden nur auf dringendstes Verlangen die Zahlen für die rationierten Lebensmittel angegeben, mit denen jedoch nichts anzufangen ist. Das gesamte Zahlenmaterial muß sofort veröffentlicht werden, damit die Allgemeinheit Nutzen davon hat.

Der Antrag auf Ausbau des Statistischen Amtes wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Billiges Brennholz für Heubude.

Ein dringlicher Antrag des Magistrats fordert für die minderbemittelte Bevölkerung von Heubude, Krakau und Westlich-Neufähr die Versorgung mit billigem Brennholz. Der Raummeter soll für 50 Mark abgegeben werden. Ein Antrag der Unabhängigen verlangte die Herabsetzung des Preises auf 35 Mark.

Stadtrat Dumont bezeichnet die Vorlage als eine Versicherungsprämie für den Heubuder Wald. Die Heubuder Bevölkerung ist an das Gasnetz nicht angeschlossen und deshalb in einer besonders bedrängten Lage. Das Holz soll deshalb zum Selbstkostenpreise von 50 Mark abgegeben werden. Redner sprach die Hoffnung aus, daß dann die Holzdiebstähle im Heubuder Wald aufhören werden.

Stadtv. Thun (Zentr.) war der Ansicht, daß der Antrag eine Bevorzugung der Heubuder Bevölkerung bedeutet.

Stadtv. Frau Richter (F. W. V.) vertrat den Standpunkt, daß durch die geplante Verbilligung des Holzes die Holzdiebstähle doch nicht aufhören würden.

Stadtv. Fuhlbrügge (Fr. W. V.) wies auf die große Bedeutung des Heubuder Waldes als Dünenschutz hin.

Stadtv. Dütschke (Deutschn.) wünschte die der Heubuder Bevölkerung gewährte Vergünstigung auch für Weichselmünde.

Der Antrag der Heubuder Bevölkerung den Raummeter Klobenholz mit 35 Mark statt mit 50 Mark abzugeben wurde mit 30 gegen 27 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Unabhängigen, die Polen, das Zentrum und ein Teil der Demokraten. In der darauf folgenden namentlichen Abstimmung stimmten 32 Stadtverordnete für und 26 gegen den Antrag. Hierauf wurde auch die Magistratsvorlage in der abgeänderten Form angenommen.

Bei der Beratung des Etats der Forst- und Dünenverwaltung erklärte Stadtrat Dumont auf eine Anfrage, daß mit den Wiederaufforstungsarbeiten mit gutem Erfolg bereits begonnen worden ist. Der Haushaltsplan wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen.

Bekämpfung der Rattenplage.

Eine Anfrage der deutschnationalen Stadtv. Frau v. Kortzfleisch beschäftigte sich mit dem Ueberhandnehmen der Ratten. Rednerin wies auf die Vernichtung der Lebensmittel und auf die gesundheitlichen Gefahren hin.

Stadtarzt Dr. Stade betonte die Notwendigkeit der planmäßigen Rattenbekämpfung. Die Hausbesitzer sollten sich jedoch nicht ausschließlich auf die städtische Hilfe verlassen, sondern jeder zu seinem Teil dazu beitragen.

Stadtv. Marx (F. W. V.) machte darauf aufmerksam, daß einzelne neutrale Staaten, z. B. Dänemark wegen der Gefahr der Einschleppung epidemischer Krankheiten für Danziger Schiffe bereits Quarantäne angeordnet haben. Dadurch werde die Schiffahrt schwer belastet.

Stadtarzt Dr. Stade erklärt, daß man sich damit wahrscheinlich vor dem Einschleppen des Fleckfiebers [illegible] will.

Die Besprechung war damit erledigt.

Vorschüsse an städtische Angestellte.

Stadtv. Gen. Grünhagen richtete an den Magistrat die Anfrage, warum dem Wunsch der Gruppe 4 der Angestellten nach Gewährung von Beschaffungsbeihilfen nicht entsprochen wurde. Später habe man einzelnen Personen Vorschüsse gezahlt. Redner wünscht die Zahl dieser Personen zu wissen.

Bürgermeister Dr. Bail antwortete: Es handelt sich nicht allein um die Gruppe 4, sondern hätte diese Gruppe den Vorschuß bekommen, so wäre auch Gruppe 3 und schließlich auch die Beamtenschaft gekommen. Die Beamtenschaft hat auch einen Vorschuß von 1000 Mark verlangt. Nach einer Aufstellung hätte es sich insgesamt um 1 Million Mark gehandelt. Wir sind finanziell so stark in Anspruch genommen, daß wir für den Rest dieses Jahres die Millionen nicht so einfach zur Verfügung haben. Wir müssen uns nach der Decke strecken. Die Steuern sind so schlecht eingegangen, daß in unseren Kassen eine bedenkliche Ebbe herrscht. Die Vorschußwirtschaft muß endlich aufhören.

Stadtv. Schmidt (Unabh.): Das Verlangen nach Vorschuß entspringt der großen sozialen Not. Mit dem Vorschuß ist jedoch den Angestellten nicht gedient. Die Rückzahlungen erhöhen dann das Elend. Die Angestellten sollten sich in Gewerkschaften höheren Lohn erkämpfen. Es bestehe anscheinend das Bestreben, die gelernten Handwerker unter den Angestellten zu beseitigen.

Stadtsyndikus Berent antwortete, daß bei hiesigen Verwaltungen Entlassungen vorgenommen wurden, um Facharbeiter wie Friseure, Maurer, Nieter usw. freizubekommen, an denen gegenwärtig Mangel herrscht.

Stadtv. Brunzen II (Dtnatl.) trat für die Gewährung der Vorschüsse ein und sagte dabei: „Herr Bürgermeister, sehen Sie zu, was sich machen läßt." (Heiterkeit.)

Stadtv. Frau Fey (Unabh.) regte an, die Forderungen der Gruppe recht eingehend zu prüfen, da die meisten Angehörigen dieser Kategorie junge Leute seien, die oft recht unverständliche Forderungen stellten. Diese Erfahrung habe sie auch als Mitglied des Vollzugsausschusses machen müssen. Hinter den Antragstellern stände höchstens eine gelbe Organisation.

Stadtv. Kuhn (F. W. V.) betonte, daß das Arbeitsverhältnis der Angestellten durch Tarifvertrag geregelt ist. Der Vertrag ist nicht gekündigt. Den Tarifkontrahenten sind die gestellten Forderungen nicht bekannt. Ein großer Teil der Angestellten denkt nicht daran, Vorschuß zu nehmen.

Stadtv. Fuhlbrügge (Fr. W. V.): In der guten alten Zeit gab es Fonds, aus den Bedürftigen Hilfe gewährt werden konnte. Diese Fonds sind durch die Tarifverträge abgeschafft [illegible] deshalb Schuld der Tarifverträge, wenn den Bedürftigen nicht geholfen werden kann. (Heftiger Widerspruch links.)

Stadtv. Evert (Zentrum) weist auf die Schwierigkeiten der Zurückzahlung der Vorschüsse hin. Wenn Stadtv. Fuhlbrügge sich so abfällig über Tarifverträge äußere, dann seien ihm diese Tarifverträge ein Buch mit sieben Siegeln.

Stadtv. Fuhlbrügge (Fr. W. V.): Die Tarifverträge waren nicht imstande, die Lohnerhöhungen den Preiserhöhungen anzupassen.

Stadtv. Gen Spill: Der Wert der Tarifverträge zeigt sich besonders in jetziger Zeit. Selbst Arbeitgeber haben ihren Wert erkannt. Die Tarifverträge bedeuten einen Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

54) (Fortsetzung.)

Luise und Anna begaben sich nun auf den Boden und nach einiger Zeit hörte man das gleichmäßige Rasseln der Handmühle.

„Armes Weib!" murmelte Birkner. „Muß sie sich nich wie ein schwarzer Negersklave schinden? Wenn ich es ihr doch leichter machen könnte, aber ich bin ja nichts mehr wert. Alle Knochen im Leibe tun mir weh und die Zunge klebt mir vor Durst am Gaumen. Bertel, hats noch Essig. Ich möchte mir welchen unters Wasser gießen."

„Nee, Vater, die Mutter hat der Frau Aurassen den letzten Essig geborgt," sagte die Kleine. „Soll ich Ihnen noch mal frisches Wasser holen?"

„Das löscht mir den Durst nich," brummte Birkner. „Ach, ich möchte ja vier Groschen für ein Seidel Bier geben. Ich wollt ja eine Woche lang kein Mittagbrot essen, wenn ich jetzt nur ein einziges Seidel hätte!"

„Nu Vater, da können wir ja zum Onkel gehen," schlug Berta vor.

„Aber ich hab der Muttel doch hoch und teuer versprochen, daß ichs nich mehr tun will," entgegnete Birkner, der schwer mit sich kämpfte, „und ich müßte mich ja vor der Mutter und vor der Anna schämen, wenn ich nich Wort hielt."

„Die kommen noch lang nich runter," sagte Berta. „Sie brauchen ja bloß ein einziges Gläsel zu trinken und dann gehen wir wieder heim, da merkt niemand was. Ich will bloß noch schnell das Aufwaschschaff ausgießen."

Einen Augenblick schwankte Birkner, dann [illegible] er laut:

„Eine Viertelstunde gehen wir bis [illegible], ohne mich zu setzen, dann laufen wir flugs heim, also sind wir bloß 'ne halbe Stunde fort. Los, Bertel! Ich halte es nich länger aus."

Ohne sich wie sonst umzukleiden, verließ Birkner das Haus mit seinem Töchterchen.

Ernst triumphierte, als er seinen Bruder eintreten [illegible] und brachte ihm mit eigner Hand ein bis zum Rande gefülltes Schnapsglas, aber Hermann schob den Schnaps zurück und [illegible] Bier. Er leerte die Kruke in einem Zuge und sagte:

„Guten Abend mitsammen, ich geh heim. Bertel!"

Wo in aller Welt war das Kind?

Birkner rief wiederholt laut und ärgerlich den Namen seiner Tochter. Endlich sagte Paul Birkner:

„Der Vater is mit Bertel in die gute Stube gegangen."

„Der is doch sonst kein Kinderfreund," brummte Hermann verdrießlich. „Na, lange wird er nich Kindermuhme spielen."

Er setzte sich jetzt, und die Kellnerin füllte sein Glas unaufgefordert, frisch.

„Das hab ich nich verlangt," brummte Birkner, „das trinke ich nich, und das bezahle ich auch nich."

„Ach, Sie streiten es schon," versetzte die Kellnerin lachend, dann wendete sie sich zu einem anderen Gaste, der zahlen wollte.

Birkner zwang sich dazu, das Bier nicht anzusehen. Der Durst begann ihn wieder zu quälen. Wie gut das Bier roch! „Bezahlen muß ichs ja doch, da wäre ich dumm, wenn ichs nich trinken täte!" murmelte Birkner, dann trank er den schäumenden Gerstensaft mit Behagen. Als er das Glas geleert hatte, geriet er wieder in Unruhe. „Wo blieb das Blitzmädel?" Allein gehen konnte er nicht, da mußte er sie holen. Er erhob sich unbeholfen und trampelte durch die Schenke. Als er die Tür der guten Stube öffnete, erblickte er Bertel, die eine Puppe in den Armen wiegte und deren Gesicht vor Freude strahlte. Die Puppe war keineswegs das Prachtstück, als daß sie der Sonnenwirt ausgeschrien hatte, aber in Bertels Augen war sie ein Wunder von Schönheit.

„Komm ock heem," sagte Hermann unfreundlich zu seinem Töchterchen.

„Ach, lieber, guter, einz'ger Vater, lassen Sie mich auch bloß noch ein einziges Bissel mit der schönen Puppe spielen," schmeichelte die Kleine, aber Birkner, der [illegible] Liebling sonst nichts abzuschlagen vermochte, sagte barsch:

„Komm flugs oder ich gehe ohne dich!"

„Vaterle, nur noch 'ne einzige Minute!" flehte das Kind.

„Nee!" wies Birkner die Bittende schroff ab. „[illegible] jetzt."

Bertel küßte die geliebte Puppe auf die [illegible] Lippen und setzte sie dann behutsam auf das Kanapee, mit [illegible] Augen begleitete sie den Vater heim. Von den Bodenräumen her erklang noch immer das gleichmäßige Rasseln der Handmühle. Scheue Blicke nach der Tür werfend, entledigte sich Birkner seiner Stiefel, dann befahl er Bertels:

„Leg dich schlafen!"

„Der Vater hätte mich doch können noch ein bissel mit der wunderschönen Puppe spielen lassen," klagte Berta.

Es tat Birkner schon wieder leid, daß er seinem Liebling ein Vergnügen entzogen hatte, und er tröstete:

„Ein ander Mal, Bertel. Ein ander Mal!"

Etwa eine Viertelstunde später kam Luise [illegible] und völlig erschöpft in die Stube. Ihr Mann schnarchte mit offenem Munde laut. Als sich die Frau zu ihm herabbeugte, um sein Kissen zu glätten, schlug ihr ein fader Biergeruch aus dem Munde des Schläfers entgegen. Da verließ der Mut die unglückliche Frau, verzweifelt brach sie in die Knie und rief unter strömenden Tränen aus:

„Herrgott, wenn du wirklich dort oben bist, weshalb leidest du das? Ich und das noch nich ausgewachsene Mädel, wir schinden uns, daß wir bald liegen bleiben, um ein paar lumpige Böhm zu ersparen, und derweil wir uns fast zu Tode rackern, gießt er unser so mühsam verdientes Geld durch die Gurgel. Herrgott, du bist ja allmächtig, weshalb leidest du das? Was haben wir verschuldet, daß wir uns rackern und schinden müssen, einzig und allein, daß der Sonnenwirt noch reicher wird? Hilf uns Herrgott! Hilf uns, daß wir nich an deiner Güte und Barmherzigkeit verzagen! Wir nennen dich unsern Vater. Vater, erbarme dich über deine armen, gemarterten Kinder. Amen!"

Sie fühlte einen geradezu brennenden Haß gegen ihren gewissenlosen Schwager. Morgen wollte sie ihn aufsuchen. Nicht, um ihn um Erbarmen anzuflehen, das war nutzlos, sondern um ihm ihre grenzenlose Verachtung ins Gesicht zu schleudern. Sie [illegible] Herz dadurch zu erleichtern, daß sie ihm einen Judas, [illegible] einen Seelenverkäufer und Blutsauger nannte. Als aber der Morgen kam, drückte sie die Arbeit. Anna hatte [illegible] die Frühstückssuppe gekocht und ihr Schwesterchen [illegible] Schule angekleidet, denn der Unterricht begann im Sommerhalbjahr schon um sechs Uhr. In den Ställen brüllte das Vieh ungeduldig nach seinem Futter. Der Kessel, in dem die Schweinekartoffeln kochten, mußte abgegossen werden. Luise warf ein paar Hände voll Kleie auf die Kartoffeln und zerstampfte sie, dann stellte sie das Futter zum Auskühlen in den Hausflur und rührte den Sauerteig zum Brote auf. Inzwischen waren die beiden großen Eimer genügend verkühlt und die Schweine erhielten ihr Futter. So jagte eine Arbeit die andere. Als Luise das Mehl in den Backtrog schüttete, rannen ihr die Tränen über das Gesicht, aber sie wischte sie ungeduldig weg, denn Weinen und Brotbacken, das verträgt sich nicht miteinander. Voller Bitterkeit dachte die unglückliche Frau:

„Ein Reicher kann lachen und weinen, wie es ihm beliebt, aber ein Armer muß die Tränen herunterschlucken, weil sie ihn bei seiner Arbeit hindern."

Birkner hatte seiner Frau gegenüber ein schlechtes Gewissen. Er machte sich am Herdfeuer zu schaffen, dann sagte er zaghaft:

Stadtv. Kuhn (Fr. W. V.) trat für Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe an die Bedürftigen ein.

Stadtv. Bronisch erhob gegen das Arbeitsamt den Vorwurf, daß es ganz schematisch bei der Heranziehung der Handwerker verfahre. So sei ein schwerkriegsbeschädigter verheirateter Friseur entlassen worden, der wegen seines Gebrechens jetzt keine Beschäftigung in seinem Beruf findet.

Stadtv. Gen. Keck betont, daß bei Entlassung von Maurern genau so planlos gehandelt wurde. Die Postverwaltung mußte einige gelernte Maurer entlassen, die bis jetzt noch arbeitslos sind. Auch Nieter sind durch diese schematischen Anordnungen des Arbeitsamtes schon wochenlang arbeitslos.

Stadtv. Gen. Spill wendete sich ebenfalls gegen die sonderbare Praxis des Arbeitsamtes. Trotzdem noch 6 Tischler arbeitslos sind und nicht untergebracht werden können, werden weitere Tischler, die eine andere Tätigkeit ausüben, entlassen.

Die Aussprache über die Anfrage ist damit erledigt.

Ein Antrag des Stadtv. Rahn die Sitzung zu vertagen wurde abgelehnt.

Für die Errichtung einer Unterkunftshalle für Arbeiter am Kaiserhafen wurden 16 000 Mark bewilligt.

Eine Reihe von Petitionen wurde nach den Vorschlägen des Petitionsausschusses erledigt. U. a. verlangten die Sozialbeamtinnen die Gleichstellung mit ihren männlichen Kollegen. Eine Eingabe des Chor- und Ballettpersonals des Stadttheaters war inzwischen gegenstandslos geworden.

Die Versammlung erklärte sich mit der Pensionierung einiger Beamten und Lehrer einverstanden.

Zuschuß für die Volkshochschule.

Der Magistrat beantragte für die Volkshochschule einen Zuschuß von 10 000 Mark.

Stadtv. Roggenbuck (Unabh.) wendete sich gegen die Bewilligung, da die Volkshochschule gegründet sei, um Bessergestellten billige künstlerische Genüsse zu bieten. Für die arbeitende Bevölkerung seien die Vorlesungen nicht geeignet.

Stadtv. Siebenfreund (Dem.): Der Vorwurf, daß einzelne Vorlesungen der Volkshochschule für die Arbeiterschaft zu hoch seien, ist zweifelsohne nicht unbegründet. Eine Volkshochschule ist aber nicht nur für eine einzige Klasse da. Sie soll auch denjenigen, die über eine größere Bildung verfügen, die Möglichkeit geben, sich weiter auszubilden. Es sind im vorigen Jahre in der Volkshochschule speziell für Arbeiter elementare Kurse abgehalten worden. Diese Kurse waren aber ein Mißerfolg. Auch heute wird derartigen Veranstaltungen aus Arbeiterkreisen nur wenig Interesse entgegengebracht.

Stadtv. v. Kortzfleisch (Dnatl.) wendete sich dagegen, daß nur Personen, die über eine abgeschlossene Universitätsbildung verfügen, die Genehmigung zur Erteilung von Vorlesungen gegeben wird. Die Volkshochschule müßte sich aus eigenen Mitteln erhalten.

Stadtv. Gen. Spill: Als Vorstandsmitglied der Volkshochschule muß auch ich sagen, daß mir manches nicht gefällt. Aber man darf nicht sagen, daß das Volk von dieser Einrichtung keinen Nutzen habe. Sie ist keine Arbeiterschule, sondern eine Volkshochschule. Es soll von dieser Einrichtung jeder einen Vorteil haben. Aber leider ist die heutige Arbeiterschaft schwer zu bewegen, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen, weil das hier Gebotene nicht spielend verwertet werden kann, sondern tüchtig gearbeitet werden muß. Auch die Elementarkurse im vorigen Jahre sind von der Arbeiterschaft nur mäßig besucht worden. Die Behauptung des Stadtv. v. Kortzfleisch, daß nur Lehrer mit Universitätsbildung Vorlesungen abhalten dürfen, ist unrichtig. Wir haben eine ganze Anzahl Dozenten ohne Universitätsbildung.

Stadtschulrat Dr. Strunk bedauerte, daß die Beteiligung der Arbeiterschaft so gering ist. Das liege zum Teil daran, daß wirtschaftliche und politische Kämpfe das Interesse der Arbeiter in Anspruch nehmen.

In namentlicher Abstimmung wurden die 10 000 Mark gegen 5 unabhängige Stimmen bewilligt.

Kleinwohnungsbau auf Stolzenberg.

Für den weiteren Bau von Kleinwohnungen auf Stolzenberg wurden 420 000 Mark einstimmig bewilligt.

Erhöhung der Stadttheatereintrittspreise.

Der Magistrat beantragte, die Preise im Stadttheater um 10 Prozent zu erhöhen.

Stadtv. Kunze (Unabh.) erklärte sein Einverständnis mit der Vorlage, beantragte jedoch die billigeren Plätze von jeder Preiserhöhung freizulassen. Der Ermäßigung für Studenten würde seine Fraktion nicht zustimmen. Mit dem gleichen Rechte könnten Fortbildungsschüler u. a. die gleichen Vergünstigungen in Anspruch nehmen.

Bürgermeister Dr. Ball bat die Vorlage in der vom Ausschuß beschlossenen Form anzunehmen. Die Vergünstigungen für Studenten, die nicht alle wohlhabend seien, würden auch von anderen Städten gewährt.

Stadtv. Gen. Spill bedauerte, daß durch die hohen Eintrittspreise der Theaterbesuch für die Minderbemittelten immer schwieriger wird. Redner wandte sich ganz entschieden gegen die Vergünstigungen der Studenten.

Stadtv. Dr. Thun (Zentrum) erklärte sich mit den Preisvergünstigungen für Studenten einverstanden.

Stadtv. Fuchs (F. W. V.) wies darauf hin, daß die Steigerungen bei den billigeren Plätzen nur gering sind. Die Kinopreise seien noch höher.

Der Antrag Kunze wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt, die Preisermäßigungen für Studenten gegen die Stimmen dieser beiden Parteien bewilligt. Die Magistratsvorlage darauf im ganzen mit großer Mehrheit angenommen.

Für Bauarbeiten an der Heubuder Schule bewilligte die Versammlung 58 600 Mark. Zur Fertigstellung der Schule Brösen wurden 98 000 Mark bereitgestellt.

Für die Installation von elektrischen Lichtanlagen in den Turnhallen in Brösen, Heubude und Altschottland wurden 9300 Mark und zur Ausführung eines Anbaues für eine elektrische Schaltanlage an der Turnhalle in Altschottland wurden 16 700 Mark bewilligt.

Das ehemalige St.-Barbara-Gelände soll wieder mit einem Holzzaun umschlossen werden. Der Magistrat verlangte dafür 17 000 Mark. Der Stadtv. Scheller (Dnatl.) beantragte die Aufstellung eines Drahtzaunes, da ein Holzzaun doch gestohlen würde. Der Antrag wurde abgelehnt, der Magistratsvorlage zugestimmt.

Gegen 9 Uhr vertagte sich das Haus.

Danziger Nachrichten.

Vom Deutsch-Danziger Beamtenabkommen.

dürften nachstehende Bestimmungen besonders interessieren:

Den deutschen Beamten im Freistaatgebiet, die bekanntlich vom Deutschen Reich bis zum 1. April 1925 zur Dienstleistung im Freistaat Danzig beurlaubt sind, steht bis zu diesem Zeitpunkt unbeschränktes Rücktrittsrecht zu. Ihre Beurlaubung endet mit Abschluß der dienstlichen Tätigkeit mit einer dreimonatigen Kündigung am Schluß des Kalendervierteljahres durch endgültigen Uebertritt in die Dienste des Freistaates. Die Regierung des Freistaates muß drei Monate vor Beendigung des Urlaubs erklären, welche Beamten sie tatsächlich zu übernehmen gedenkt. Die Auswahl der zu übernehmenden Beamten muß im Einvernehmen mit Vertretern der Beamtenschaft erfolgen.

Den beurlaubten Beamten, die vorläufig in Danzig bleiben, werden ihre bisherigen Amtsstellungen zugesichert und ihre Ansprüche in jeder Weise gewährleistet. Einen Staatsdiensteid brauchen sie nicht zu leisten, ebenso sind sie nicht verpflichtet, eine fremde Sprache zu lernen. Ihre Gehälter sind ihnen in deutscher Währung und in gleicher Höhe wie in Deutschland auszuzahlen. Die in Deutschland üblichen Kommunalsteuerprivilegien sind ihnen zu gewähren, ihre Behandlung muß nach deutschem Beamtenrecht erfolgen. Ihrer Zugehörigkeit zu deutschen Vereinen und Verbänden darf nichts in den Weg gelegt werden. Im Bezuge deutscher Schriften und Zeitungen wie im brieflichen Verkehr von und nach Deutschland dürfen sie nicht behindert werden.

Die Beamten, die endgültig in den Dienst der Freien Stadt Danzig übertreten, scheiden aus dem deutschen Staatsdienste aus. Die Freie Stadt Danzig übernimmt diesen Beamten gegenüber die Gewährleistung der Erfüllung aller ihrer Rechte und Ansprüche, die ihnen ihrem Dienstverhältnis nach zustehen. Danzig verpflichtet sich auch, diese Rechte und Ansprüche nicht etwa durch Gesetz oder durch Verwaltungsmaßnahmen nachteilig zu ändern. Eine Verpflichtung, in polnische Dienste zu treten, übernehmen die in Danziger Dienste übertretenden Beamten natürlich nicht. Die Tragung der Ruhegehälter, zu denen das Reich für die über vierzig Jahre alten Beamten einen Teil beiträgt, wurde näher vereinbart.

Zu denen in Frage kommenden Beamten gehören sämtliche unmittelbaren Staatsbeamten, die Lehrerschaft an den staatlichen Anstalten und an der Hochschule und sämtliche mittelbaren Staatsbeamten und Angestellten. Die Beamtenanwärter der [illegible], die Lohnangestellten, die am 10. Januar 1920 im Dienste des Reiches waren, die in den ehemaligen Heeres- und Marinebetrieben tätigen Beamten sind in das Abkommen gleichfalls einbezogen.

Profit-Patrioten!

Aus den Kreisen der Gastwirtsgehilfen wird uns geschrieben:

Auch das Gastwirtsgewerbe gehört zu den Unternehmungen, die während und nach dem Kriege eine nie gekannte Konjunktur haben. Doch auch bei diesen Unternehmern ist die Losung: „Je mehr er hat, je mehr er will; nie schweigen seine Klagen still." Mit aller Deutlichkeit geht dieses aus den Anträgen der Wirtevereine an den Staatsrat hervor. Der Wunsch nach Verlängerung der Polizeistunde ist nur zu verständlich. Etwas starker Tobak dagegen ist die Drohung mit einem Streik. Soweit die Angestellten in Frage kommen, haben diese nur dann ein Interesse an einer verlängerten Polizeistunde, wenn die Unternehmer sich verpflichten, in entsprechender Anzahl Mehreinstellungen von Gastwirtsgehilfen vorzunehmen. Trotzdem durch Tarifvertrag die Möglichkeit gegeben ist, den Arbeitsmarkt zu entlasten, haben sich die Wirte bis heute strikt ablehnend verhalten. Für Tariftreue scheint auf der Seite wenig Verständnis vorhanden zu sein. Ein ganz besonderes Verständnis legten alle die Unternehmer an den Tag, die aus lauter Liebe zu Danzig ihre Lokale an ausländische Kapitalisten verschoben und damit einer großen Anzahl von Angestellten die Existenz nahmen. Tief bedauerlich bleibt es, daß das Wohnungsamt hier nicht ein Machtwort gesprochen hat. Die Angestellten erwarten, daß die Behörden wenigstens die weitere Schließung der Betriebe verhüten werden, damit die Arbeitslosigkeit im Gastwirtsgewerbe nicht noch größer wird.

Die neuen Preise für Zündhölzer

stellen sich ab 1. Dezember durch Verordnung des deutschen Reichswirtschaftsministers wie folgt: Sogenannte Schwedenhölzer in Schachteln zu 60 Stück, einerlei, ob inländischer oder ausländischer Erzeugung, pro Schachtel 25 Pfg. oder das Paket zu 10 Schachteln 2,50 Mk., Koffer mit einem Inhalt von 600 Hölzern 2,50 Mark, mit 480 Hölzern 2 Mark und mit 300 Hölzern 1,30 Mark. Westentaschenhölzer in Schachteln oder Buchpackungen mit einem Inhalt bis zu 30 Stück kosten pro Schachtel oder Buch 20 Pfg. oder das Paket zu 10 Schachteln oder Büchern 2 Mark.

Bis zum 1. Dezember haben aber die bisherigen Preise noch Gültigkeit, um den Kleinhändlern Gelegenheit zu bieten, ihre Ware ohne Verlust abzugeben. **Wir glauben uns keiner falschen Auffassung hinzugeben, wenn wir erwarten, daß diese Preise auch für den Freistaat zur Geltung kommen werden, da eine unterschiedliche Preisberechnung gegenüber Deutschland durch nichts gerechtfertigt erscheint.**

Umgemeindung von Goldkrug. Durch die Grenzfestsetzung ist Matern, zu dessen Gutsbezirk Goldkrug bisher gehörte, an Pommerellen gefallen und Goldkrug beim Freistaat Danzig verblieben. Wie der Regierungspräsident mitteilt, ist Goldkrug auf Beschluß des Staatsrates nunmehr in die Landgemeinde Brentau eingemeindet worden.

Aus den Gerichtssälen.

Bestrafter Butter-Schleichhändler. Der Bote Albert Kanapee in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Höchstpreisüberschreitung zu verantworten. Er verkaufte Butter anstatt für zehn Mark für 20 Mark. Die Butter will er angeblich im Schmuggel aus Polen bezogen haben. Nach den Feststellungen des Ermittelungsbeamten lag hier gewerbsmäßiger Schleichhandel vor und das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Schleichhandels zu vier Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Verschiebung von Getreide. Der Landwirt Johann Dyck in Freienhuben hatte im Mai sein Getreide noch nicht abgeliefert. Es wurde nun der Ueberwachungsbeamte zu ihm geschickt und es wurde dann gemeinsam festgestellt, daß ein Getreidevorrat von 65 Zentner seiner Bestimmung harrte. 50 Zentner wurden beschlagnahmt und Dyck erhielt zur Abfuhr 24 Stunden Zeit. Als der Ueberwachungsbeamte nach dieser Zeit wieder kam, war das ganze Getreide verschwunden, jedoch hatte D. erst 27 Zentner zur Ablieferung gebracht. Dyck wurde nun angeklagt und er konnte als Angeklagter das Wunder nicht aufklären. Er meinte, daß dann der Vorrat wohl zu hoch geschätzt worden sei. Das Gericht fand aber eine andere Lösung: Der Angeklagte hatte sich früher geäußert, daß ihm der Höchstpreis von 30 Mark zu wenig sei. Des Rätsels Lösung fand das Gericht darin, daß das verschwundene Getreide von dem Angeklagten auf ganz natürliche Weise beiseite geschafft wurde. Wegen Beiseiteschaffung wurde der Angeklagte zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ueber einen zu harten Urteilsspruch kann sich dieser profitlüsterne Agrarier sicherlich nicht beklagen.

Betrügerische Diebstahlsvortäuschung. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Rentier Otto Nickel in Landau wegen versuchten Betruges zu verantworten. Er ließ die Pferde aus seiner Weide nachts heraus, um sie dann wieder selbst einzufangen. Darauf ging er zu dem dortigen Vertreter des Pferdeversicherungsvereins und meldete ihm, daß ihm die Pferde gestohlen wurden. Es sei ihm aber gelungen, die Pferde den Dieben wieder abzujagen. Dafür habe er eine Prämie zu verlangen. Der Schwindel wurde aber entdeckt und das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen versuchten Betruges zu 500 Mark Geldstrafe.

Bücherwarte.

Familie Wesselingk. Ein Roman aus Westpreußen von Marie Herbrand. Zelta-Verlag. Berlin-Grunewald.

Aus dem lebhaften Süddeutschland tritt die junge Frau Wesselingk auf den einsamen Werderhof. Die sich daraus ergebenden Gegensätze sind gut durchgeführt, auch wie sich aus dem Nebeneinander ein Miteinanderleben der Eheleute gestaltet. Mit großer Liebe wird die vom Polentum bedrohte deutsche Heimat geschildert. Schwach ist jedoch, was die Verfasserin über die unselige Kriegszeit zu sagen hat. Was wollen die Unbequemlichkeiten und Sorgen der Gutsherrin besagen, die nicht die Sorge ums tägliche Brot kannte, gegen das Martyrium der Arbeiterfrau, die nachts in 10—11stündiger Arbeitszeit in der Kriegsindustrie arbeitete und am Tage Haushalt und Kinder versehen mußte! Damit, wie auch zwischen den Zeilen des vorliegenden Buches zu lesen ist, die zum Schutze des Vaterlandes getroffenen Ablieferungsbestimmungen nicht beachtet wurden. Die Sorgen um die bedrohte deutsche Kultur kann man sich mit der Verfasserin teilen. A.

In Vaters Hosen. Lustige Geschichten von Theodor Thomas. Rechtzeitig für das Weihnachtsfest hat der Vorwärtsverlag ein Bändchen lustiger Geschichten herausgebracht, das auch den unsern Lesern nicht unbekannten Genossen Theodor Thomas zum Verfasser hat. In diesen von frischem Humor durchtränkten Geschichten findet man eine Lustigkeit von ganz eigener Art. Thomas schildert uns die vielen Fehler und Schwächen der Menschheit in seiner humorvollen Art. Es sind Geschichten aus dem Leben, wie sie täglich vorkommen und Menschen, wie sie überall zu finden sind, nur daß wir sie hier von ihrer heitersten Seite betrachten können. Daneben aber, und das ist des Büchleins großer Vorzug, vergißt Thomas nie, ohne daß der Leser es merkt, gleichzeitig ein soziales Bild zu zeichnen. Wer diese Jugendgeschichten auf sich wirken läßt, seine Reiseerinnerungen liest, auch seinen Humor über die Revolutionswirtschaft genießt, der findet immer wieder wie durch das Lachen hindurch, wie Regen durch Sonnenschein, das wahre Leben schillert. Wer ein Weihnachtsbuch wählen will, sollte an diesem Band nicht vorüber gehen. Der Preis des Buches beträgt 8 Mark.

Von der **Neuen Zeit**, der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, deren Bezug allen tätigen Parteianhängern auf das dringendste zu empfehlen ist, ist soeben das 7. Heft vom 1. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Amos Comenius, Ein Gedenkblatt von Lehrer Ferd. Jos. Schmidt. — Der Untergang des Abendlandes. Von Albert Kranold. — Jugendbewegung und Partei. Von Karl Frei (Magdeburg). — Neue Literaturgeschichtswerke. Von J. Mich. — Literarische Rundschau: M. Beer, Der britische Sozialismus der Gegenwart (1910 bis 1920). Von Max Schippel u. a.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch die Buchhandlung Volkswacht, Am Spendhaus 6, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 10 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark. Probenummern stehen umsonst zur Verfügung.

„Muttel, du redest ja heute gar nich mit mir?"

„Was soll ich denn mit dir noch groß reden?" fragte die Frau voller Verachtung. „So ein Mensch, der nich Wort hält, is es erst garnich wert, daß man mit ihm spricht."

„Ach, gutes Muttel, daran is bloß der verflixte Hering schuld," beteuerte Birkner. „Ich hab's vor Durst nich erleiden können. Da bin ich halt hingegangen, aber ich tu's nich wieder."

„Bis heute Abend tust du es nich wieder," entgegnete die Frau verächtlich. „Du bist mein Unglück."

„Ich war doch aber nich lange," verteidigte Hermann sich.

„Das bleibt sich nu schon gleich," versetzte Luise scharf. „Du hast nich Wort gehalten, und ich glaube dir jetzt nie mehr."

Birkner ließ den Kopf hängen, wie ein gescholtenes Kind, dann sah er sich nach Arbeit um. Er holte Kartoffeln aus dem Keller und Holz aus dem Schuppen, er schärfte die Axt, alles in der vergeblichen Hoffnung, sich damit einen freundlichen Blick von seiner Frau zu verdienen.

Als Bertel aus der Schule kam, hatte sie verweinte Augen.

„Hast du deine Sache nicht gekonnt, Bertel?" fragte Frau Birkner streng.

„Ich hab alles gekonnt," sagte das Kind weinend, „aber ich will nich mehr zur Schule gehen. Nee, zur Schule gehe ich nie und nie mehr!"

„Nu wärs doch gar," rief Birkner aus. „Nu, aber Kindel, du bist doch sonst so gern in die Schule gegangen."

„Wenn der Herr Lehrer doch aber so häßlich war," stieß die Kleine schluchzend hervor. „Mußte er das sagen? Mußte er mich vor allen Kindern blamieren?" Sie weinte so heftig, daß ihr zarter Körper zitterte und bebte. —

„Was hat er denn gesagt?" forschte Luise erregt.

„Da is er in der Stube rumgegangen," berichtete Bertel, „und da hat er angefangen zu polieren: ‚Kinder, ich verwarne Euch vor dem Suff,' hat er gesagt. ‚Durch den Schnaps ist das größte Elend in die Welt gekommen. Menschen, die früher gut waren, sind dadurch zum Tiere herabgesunken, tüchtige Leute sind durch ihre Trunksucht an den Bettelstab gekommen. Seht Euch ein warnendes Exempel an der Birkner Bertel ihrem Vater. Der Mann war der reichste im ganzen Dorf, jetzt ist er ein heruntergekommener Trunkenbold, der sich von Frau und Kindern füttern läßt, und der Tag ist nicht mehr fern, wo er Haus und Hof verlassen muß, und wo ihm nichts bleibt, wie der Bettelsack.'"

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Die „Freiheits"erklärung der Freien Stadt.

Die in französischer Sprache abgefaßte Proklamation, durch die Danzig zur „Freien Stadt" erklärt wurde, hat in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut:

Das britische Reich, Frankreich, Italien und Japan, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als alliierte und assoziierte Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, sind — in der Erwägung, daß durch den Artikel 102 des am 28. Juni 1919 mit Deutschland abgeschlossenen Friedensvertrages die alliierten und assoziierten Hauptmächte sich verpflichtet haben, die Stadt Danzig nebst dem in Artikel 100 des besagten Vertrages bezeichneten Gebiet zur Freien Stadt zu erklären, — übereingekommen, zu dieser Konstituierung zu schreiten. Infolgedessen hat die Botschafterkonferenz folgendes beschlossen:

I.

Die Stadt Danzig nebst dem Gebiet innerhalb nachfolgender Grenzen, wie sie an Ort und Stelle durch die im Artikel 101 des Versailler Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 vorgesehene Kommission festgesetzt sind oder werden, wird zur Freien Stadt erklärt unter den Bestimmungen und Bedingungen, die von dem besagten Artikel vorgesehen sind:

Von der Ostsee nach Süden bis zu dem Punkte, wo sich die Hauptschiffahrtswege der Nogat und der Weichsel treffen; die Grenze Ostpreußens, wie sie im Artikel 28 des Teiles II (Grenzen Deutschlands) des vorliegenden Vertrages beschrieben ist, nämlich von einem Punkt an der Küste der Ostsee ungefähr 1½ Kilometer nördlich der Kirche von Pröbbernau und in einer ungefähren Richtung von 159 Grad (von Nord nach Ost gerechnet): eine noch im Gelände zu bestimmende Linie von ungefähr 2 Kilometer, von dort in gerader Linie auf das Leuchtfeuer in der Fahrrinne nach Elbing in ungefährer Breite von 54° 19' ½ nördlicher Breite und 19° 26' östlicher Länge von Greenwich; von da bis zur östlichen Mündung der Nogat in einer ungefähren Richtung von 209° (von Nord nach Ost gerechnet); von da die Nogat aufwärts bis zu dem Punkte, wo dieser Fluß die Weichsel verläßt; von da den Hauptschiffahrtsweg der Weichsel stromabwärts bis zu dem Punkte, der ungefähr 6½ Kilometer nördlich der Brücke von Dirschau liegt; von hier nach Nordwesten bis zur Höhe 5, die 1½ Kilometer südöstlich der Kirche von Güttland liegt, eine im Gelände festzulegende Linie von hier nach Westen bis zu dem Vorsprung, den die Grenze des Kreises Berent 8½ Kilometer nordöstlich von Schöneck bildet, eine im Gelände festzulegende Linie, die zwischen Mühlbanz im Süden und Rambeltsch im Norden verläuft: von hier nach Westen des Kreises Berent bis zu der Einbuchtung, die sie 6 Kilometer nordnordwestlich von Schöneck bildet; von hier bis zu einem Punkte auf der Mittellinie des Lonkenersees eine im Gelände festzulegende Linie, die nördlich von Neu-Fietz und Schatarpi und südlich von Bärenhütte und Lonken verläuft; von hier die Mittellinie des Lonkener Sees bis zu seinem Nordende; von hier bis zu dem Südende des Pollenziner Sees, eine im Gelände festzulegende Linie; von hier eine Linie durch die Mitte des Pollenziner Sees bis zu seinem Nordende; von hier nach Nordosten bis zu dem Punkte ungefähr 1 Kilometer südlich der Kirche von Koliebken, wo die Eisenbahn Danzig—Neustadt einen Bach überschreitet, eine im Gelände festzulegende Linie, die südöstlich von Kamehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Mattern, Schäferei und nordwestlich von Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- und Klein-Kelpin, Pulvermühle, Renneberg und den Städten Oliva und Zoppot verläuft; von hier den Lauf des obenerwähnten Baches bis zur Ostsee.

II.

Die vorliegende Entscheidung tritt mit dem 15. November 1920 in Kraft.

Danzigs Auslieferung an Polen.

Bei Redaktionsschluß wird uns die W.-T.-B.-Meldung übermittelt, daß einer Genfer Nachricht der schweizerischen Telegraphenagentur zufolge, von unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, daß in der gestern abend stattgefundenen Sitzung des Völkerbundsrates weiterhin beschlossen wurde, Polen grundsätzlich das Mandat für die militärische Verteidigung Danzigs zu übertragen. Die Einzelheiten darüber sollen in den allernächsten Tagen festgelegt werden.

Der polnische Vertreter Paderewski ist gestern nach Paris abgereist, wo nunmehr die Unterzeichnung der Konvention auch seitens der Polen vorgenommen werden soll.

Diese Nachricht, die allerdings noch nicht offiziell bestätigt ist, bedeutet, daß der unglaubliche Vorstoß Polens auf die wehrlose Auslieferung Danzigs Tatsache werden soll.

III.

Die Freie Stadt Danzig wird die von den alliierten und assoziierten Hauptmächten für die Verwaltung und militärische Besetzung ihres Gebiets verwendeten Kosten in einem von den besagten Mächten festzusetzenden billigen Verhältnis tragen müssen.

Gegeben zu Paris, den 27. Oktober 1920.

Die in dieser Erklärung aufgeführten Grenzen entsprechen den früheren Festsetzungen. Der im 3. Teil ausgesprochenen Verpflichtung, daß Danzig zu den Kosten für die alliierte Verwaltung und militärische Besatzung im billigen (!) Verhältnis beitragen soll, ist bereits vor Wochen von der Verfassunggebenden Versammlung zugestimmt worden. Wenn in der schwierigen Situation nichts anderes übrig blieb, so wird Danzig aber erwarten müssen, daß seiner verzweifelten finanziellen Lage weitgehendst Rechnung getragen wird. Danzig wollte bei Deutschland bleiben, und wenn es in Verfolg der ungerechten Abtrennung eine fremde Verwaltung und fremde Besatzung bekommen hat, so ist es durchaus unbillig, Danzigs Steuerzahler dafür bluten zu lassen, um so weniger, als man sich um die Sicherstellung der Existenz der Freien Stadt in keiner Weise besorgt fühlte, wobei die Konvention ... das Gegenteil zeigt.

Geschichte, Theorie und Praxis der Gewerkschaften.

In diese für jeden organisierten Arbeiter äußerst wichtige Materie soll der dritte vom Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltete Vortragskursus einführen. Der Kursus erstreckt sich auf sechs Abende. Vortragender ist Genosse Franz Arczynski. Der erste Vortragsabend wird heute, Donnerstag, abends 7 Uhr in der Aula der Hilfsschule Heilige Geistgasse eröffnet. Anmeldungen werden dort noch entgegengenommen. Vollzählige Beteiligung am Kursus kann nur dringend empfohlen werden.

Ueber die Preise für Gas und Strom wird in heutiger Nummer eine Bekanntmachung des Magistrats veröffentlicht, auf die wir besonders hinweisen.

S. P. D. Parteinachrichten.

5. Bezirk (Langfuhr).

Heute, Donnerstag, abends 6½ Uhr, bei Kresin, Brunshöferweg, **Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.** 1. Vortrag des Genossen Reek über Steuerfragen. 2. Verschiedenes. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Arbeiter-Bildungsausschuß. ... abends 7 Uhr, beginnt in der Hilfsschule, Heilige Geistgasse 111,

der Vortragskursus über Geschichte, Theorie und Praxis der Gewerkschaften.

Vortragender: Gewerkschaftssekretär Arczynski. Anmeldungen werden noch entgegen genommen im Parteibureau 4. Damm 7, 2 Tr., und am ersten Vortragsabend.

Verein Arbeiter-Jugend Ohra. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr im Heim (evang. Schule) außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung, auf der u. a. auch das geplante Fest steht, erfordert das pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

Standesamt vom 15. November 1920.

Todesfälle: S. d. Arbeiters Artur Friese, totgeb. — Postschaffner a. D. Friedrich Klein, 57 J. 11 M. — Frau Johanna Fritzke geb. Baldau, 45 J. 8 M. — Witwe Augusta Czarnowski geb. Lundzynski, 57 J. — S. d. Arbeiters Max Czarnepki, 2 T. — Auswanderin, Witwe Sara Berenblum, 58 J. — Rentier Reinhold Grunau, 64 J. 11 M. — Besitzer Emil Schwertfeger, 44 J. 9 M. — Restaurateur Ferdinand Grünwald, 49 J. 9 M. — Arbeiter Otto Labuhn, 51 J. 11 M. — Witwe Wilhelmine Hintz geb. Boldt, 90 J. 5 M. — Invalide Heinrich Adolf Wielke, 58 J. 1 M. — Witwe Franziska Golke geb. Wojtowicz, 75 J. 6 M. — T. d. Schlossers Kurt Matschkowski, 6 M. — T. d. Schlossers Willy Budahl, 1 J. 7 M.

Kleine Nachrichten.

Neue Taten des Ehrenkommunisten Hölz.

Der Zwickauer Kreishauptmann hat die sächsische Regierung von dem neuen Auftauchen des Hölz in Kenntnis gesetzt. Daraufhin hat die sächsische Regierung 200 Sicherheitsbeamte mit Automobilen in die Gegend von Plauen gesandt, um sie gegen weitere Taten des Banditen Hölz zu bewahren. Ein neuer Erpressungsversuch an dem Fabrikanten Knoll, bei dem es sich um eine halbe Million handelte, erhielt Hölz nur 7000 Mk. — Hölz ist auf dem letzten Parteitag der K. P. D. auf seinen Antrag als Mitglied der Partei offiziell aufgenommen und müßte seine „selbstlose" Bekämpfung des Kapitals einer freundlichen Beurteilung seiner Partei sicher sein.

Wahlsieg der grichischen Königspartei.

Athen, 16. Nov. (Havas.) Die letzten Wahlergebnisse verzeichnen als gewählt: 118 Venizelisten und 250 Anhänger der Königspartei. Die Niederlage Venizelos ist vollständig. Venizelos sowie alle seine Minister mit Ausnahme von zweien sind unterlegen. Weder in Mazedonien noch in Alt-Griechenland mit Ausnahme des Epirus wurde ein Venizelist gewählt.

Athen, 17. Nov. (Havas.) Wahrscheinlich wird die Königin Olga heute die Regentschaft übernehmen. Venizelos ist endgültig zurückgetreten. Die Führer der Mehrheit erklärten, daß die Wiedereinsetzung des Königs Konstantin eine vollendete Tatsache sei.

Nach nicht bestätigten Meldungen soll sich Venizelos auf ein Schiff geflüchtet haben.

Französischer Aufruf gegen Kriegstransporte.

Paris, 16. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Marseille haben die Gewerkschaften der eingeschriebenen Seeleute einen Aufruf erlassen, in dem sie daran erinnern, daß die französischen, italienischen, englischen und skandinavischen Gewerkschaften sowie die internationale Transportarbeitervereinigung sich dahin geeinigt hätten, alle Kriegstransporte unmöglich zu machen. Transporte nach dem Auslande dürften nur für Friedenszwecke erfolgen.

Kunst und Wissen.

Bußtags-Konzerte.

1. Stadttheater.

Direktor Schaper hatte uns für das Bußtags-Konzert als Solisten Heinrich Kiefer aus Dresden beschert. Man kann da wirklich von einer „Bescherung" sprechen, denn es sind ausnahmslos reiche Gaben, die dieser Meister des Cellos schenkt. Professor Kiefer spielte zuerst das 2. Konzert in D-Moll seines Kollegen Julius Klengel. So hoch ich den hervorragenden Virtuosen und Instrumentalpädagogen einschätze, sein Cello-Konzert läßt sich nur verhältnismäßig gering bewerten, denn es steckt zu sehr voll lehrhafter Absolvationen und ist doch eigentlich auch recht arm an Erfindung. Das Beste daran ist noch die hübsche, sinnfällige Melodieführung. Was dagegen Kiefer daraus machte, war in hohem Grade bravourös. Denn es ist bei weitem nicht nur seine große technische Kultur, die hatte auch jüngst der junge Emanuel Feuermann. Sondern was Kiefers Kunst soweit über jenen hebt, ist eine Geistigkeit, die ihren Entwickelungsprozeß an einer grundgesunden Seele durchgemacht hat. Gewiß ist man auch bei ihm entzückt, wie er die ganze Skala der Nuancen und Farben durchläuft, aber er wird dabei niemals die Grenze der Delikatesse überschreitend ins Feminin-Süßliche abgleiten, weil ein betont männlicher Wille hinter dieser Kunst steht, die davon ihr Gepräge erhält. Und dabei darf man nicht vergessen, daß namentlich der Mittelsatz mit dem doppelten Andante sehr zur Weichlichkeit verleitet. Wenn Kiefer seine Kniegeige singen läßt, so hat man oft das Gefühl, als sei es eine menschliche Stimme. Selbst wo er sich liebe Kleinheiten wie Schumanns „Abendlied" wählt, macht er durch diese gänzlich unsentimentalisierten Pianissimi etwas ganz Neues, Prächtiges daraus, oder wenn er seinen graziösen Humor in einer Gavotte von Schlemüller freien Lauf läßt. Kiefers Erfolg beim Publikum war denn auch laut und herzlich. Der Künstler ist übrigens bei uns kein Fremder; vor zirka 20 Jahren hat ihn Karl Frank bereits im Rahmen seiner Orchesterkonzerte den Danzigern vorgestellt. Wesentlich gehoben wurden die Vorträge durch das Orchester, das sich in dieser Vollendung und Dezenz noch selten begleiten gehört habe.

Kapellmeister Seiberg spielte eingangs Richard Wagners Faust-Ouvertüre, die ziemlich blutarm und verschwommen kam. Dies liegt nun zwar zum größeren Teil an dem Stück, für das Wagner nun einmal eine wesentliche stärkere Orchesterbesetzung verlangt, sodann aber auch an nicht hinreichender Vorbereitung. Wesentlich besser gelang Lißzts Tasso-Symphonie, die unter den vielfach recht minderwertigen Dichtungen an denen Lißzts Schaffen ziemlich reich ist, eine hervorragende Stelle ein, besonders der musikalische Aufbau des Schlußsatzes war gut und wirkungsvoll.

Willibald Omankowski.

2. Bartholomäikirche.

Paul Stange gehört zu den berufenen Chormeistern, bei denen man die Gewißheit in das Konzert mitbringen kann, eine gediegene Ausdeutung der Werke zu erleben. Ihm liegt jede Effekthascherei fern. Nicht mit gewaltigen Massen sucht er jene äußerliche Wirkung zu erzielen, die heute als zeitgemäß jedes gesunde Stilgefühl im Keime zu ersticken trachtet und merkwürdigerweise sogar an verantwortlicher Stelle empfohlen wird, sondern mit jener künstlerischen Besonnenheit, die die Grenzen der örtlichen Verhältnisse richtig einschätzt und sich Aufgaben stellt, die am Orte mit den vorhandenen eigenen Mitteln zufriedenstellend zu lösen sind. Man hat bei diesem Dirigenten das Gefühl, daß er sich bescheiden hinter das Werk stellt und nicht umgekehrt, daß „zeitgemäß" das Werk nur Mittel zum Zwecke wird, der darin besteht, dem Dirigenten rein persönliche Erfolge zu verschaffen.

Unter diesem Zeichen stand auch das gestrige Bußtagskonzert, in dem Paul Stange wiederum den Beweis erbrachte, daß es keiner „glänzenden" Namen auswärtiger Virtuosen bedarf, einem Konzerte zum künstlerischen Erfolge zu verhelfen, daß innerliche Beseelung einer kleineren Sängerschar echtere Kunstwerte zutage schafft, als das äußerliche Zusammenschweißen gewaltiger Massen. Die Chöre waren sicher im Rhythmus, klangschön in Farbe und getragen von edler Beseelung. Das aus Mitgliedern des „Orchestervereins" bestehende Orchester bemühte sich mit Erfolg, der Aufgabe gerecht zu werden und die war nicht gering! Die Solisten genügten gleichfalls den Ansprüchen, die die Komposition an sie stellten, allen voran Herr Seebach, dem Herr Georg Wenzlow und die Damen Betty Bussau, sowie Frau Gurra de Bruyn vortrefflich zur Seite standen. Auf dem Programm standen die beiden Kantaden „O Ewigkeit, du Donnerwort", und „Seht wir gehen hinauf nach Jerusalem", sowie der „Elegische Gesang" von Beethoven. Der Chor war zusammengesetzt aus dem Stangeschen Frauenchor und Mitgliedern des „Zoppoter" und „Danziger Männergesangvereins", die beide unter Stanges Leitung stehen.

Kurt Adami.

U. T.-Lichtspiele. Die Konzertdirektion Wadow veranstaltete anläßlich des Bußtages ein seriöses Konzert, das einen sehr guten Besuch aufwies. Kapellmeister Walther vom Stadttheater dirigierte das verstärkte U. T.-Orchester. Bei der Leonoren-Ouvertüre Nr. 3, die für eine solche Besetzung sehr gewagt ist, störte die zu große Ueberhastung der Tempi. In der H-Moll-Symphonie von Schubert sowie auch in der Ouvertüre Sakuntala von Goldmark entfaltete das Orchester sein volles Können und kannte dafür reichen Beifall ernten. — Als Solisten waren Hilde Baumann und Erwin Michaels vom Stadttheater verpflichtet. Für Fräulein Baumann, die in letzter Minute wegen plötzlicher Heiserkeit absagte, war Fräulein Menzel, ebenfalls vom Stadttheater, eingesprungen. Das Publikum, bei Ankündigung dieser Programmänderung etwas enttäuscht, kam jedoch durch Fräulein Menzel voll und ganz auf seine Kosten. Mit dem Vortrag des „Gebet" von Hiller und „Ave Maria" von Schubert durch ihren besonders in der Höhe leicht ansprechenden, sonst in der Mittellage etwas flachen Sopran hatte Fräulein Menzel die Zuhörer sehr schnell für sich gewonnen. Herr Michaels brachte Lieder von Brahms, Graener und Hugo Wolff mit wundervoller Charakteristik. Das glänzende Stimmaterial, im p. p. und f. f. sehr gut ausgeglichen, verfehlte seine Wirkung nicht und hinterließ besonders bei der Einlage „Freund" von Hugo Wolff einen gewaltigen Eindruck. — Am Flügel waltete Kapellmeister Walther als gediegener Begleiter. —

Im Programm waren einige recht störende Druckfehler, z. B. H-Moll-Symphonie, gesungen von Hilde Baumann.

Pt.

Neues Operetten-Theater: Am Freitag geht zum ersten Mal der diesjährige Schlager des Berliner Metropoltheaters „Das Hollandweibchen", Operette in 3 Akten, Musik von Emmerich Kalman, dem Komponisten der „Czardasfürstin", „Faschingsfee" usw., in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt Ursula Bradsky, Hanna Fischer, Guste Richter, Cust, Walter Bräuer, Charlie Brock, Walter Bremer, Hermann Pear. Die Regie führt Oberspielleiter Bräuer. Die Musikleitung liegt in Händen Karl Janssons. — Die neuen Kostüme sind in eigener Werkstatt angefertigt.

Versammlung des Bundes techn. Angestellten und Beamten.

Am letzten Freitag veranstaltete der Bund technischer Angestellten und Beamten im „Hohenzollern“ eine öffentliche Versammlung. Architekt Kaufmann-Berlin sprach über „Die Gewerkschaftspolitik des Bundes und ihre nationale Bedeutung für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft.“ [illegible]

[illegible] national sein im Sinne der Vaterlandspartei und auch nicht [illegible] die Bezeichnung „Gewerkschaft“ [illegible] und welche zwar indirekt, aber [illegible] im Fahrwasser des internationalen Kapitalismus segelten, [illegible] sind aber nationaler als jene Nationalen, [illegible] Referent, daß wir im Freistaat Danzig von [illegible] als Ausländer sondern als [illegible] und mehrere Mitglieder [illegible].

Kirchenwahlen. [illegible] die heute Donnerstag, abends 7 Uhr in der [illegible] Mittelschule der Verein für evangelische [illegible] der Freien Stadt Danzig mit Referaten über das Thema: „**Die kommenden Kirchenwahlen und die neue evangelische Volkskirche**“ [illegible]

Orchester-Konzert mit Kammersänger Robert Hutt (Tenor) [illegible] Richard Wagner.

Stadttheater Danzig. In der heute Donnerstag stattfindenden Aufführung von „Waffenschmied“ wird die Partie der Marie von Fräulein Hildegard Baumann gesungen.

Ohra. Eine Gemeindevertretersitzung findet heute Donnerstag nachmittags 5 Uhr mit folgender Tagesordnung statt: Antrag [illegible] um Erhöhung der [illegible], Antrag des Bürgermeisters um [illegible] der Dienstwohnung [illegible] zum 1. April 1921, Antrag des Gem.-V. Voll um Umwandlung seiner Stelle. Gewährung einer Beihilfe an das Danziger [illegible] Krankenhaus, Einrichtung einer Lehrerinnenstelle an der evangelischen Schule [illegible] Erhöhung der Pensionen für frühere Gemeindebeamte, Antrag des [illegible] Kirchenrats um Erhöhung des [illegible] und [illegible], Wahl von 10 Mitgliedern und 10 stellv. Mitgliedern zur Vereinigungskommission.

Wasserstandsnachrichten am 18. November 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+ 0,91	+ 0,92	Kurzebrack	+ 1,50	[illegible]
Warschau	+ 1,20	[illegible]	Montauerspitze	− 0,62	[illegible]
Schönau	+ 6,74	+ 6,70	Pieckel	− 2,46	[illegible]
Galgenberg	+ 4,65	+ 4,63	Dirschau	− 0,58	− 0,62
Neuhorsterbusch	+ 2,04	+ 2,06	Einlage	+ 2,12	+ 2,25
Thorn	+ 0,95	+ 0,64	Schiewenhorst	+ 2,23	+ 2,35
Fordon	+ 0,75	+ 0,58	Wolfsdorf	− 0,62	− 0,52
Culm	+ 0,78	+ 0,60	Anwachs	+	+ 0,91
Graudenz	+ 0,88	+ 0,78			

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Fritz Weber, für die Inserate Bruno Ewert, beide in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl u. Co., Danzig.

Die glückliche Geburt eines strammen Jungen zeigen hierdurch an

Willibald Omankowski u. Frau
Hilde geb. Stangen.
Danzig-Langfuhr, im November 1920.

Herren-Anzüge
Ueberzieher, Ulster, preiswert zu verk. (2642
Milchkannengasse 15, 1 (Leihhaus).

Tisch,
gut erhalten, billig zu verkaufen **Kehrwiedergasse 3, 1 Tr. rechts** (†

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Donnerstag, d. 18. November 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten C 2.
Der Waffenschmied
Komische Oper in vier Bildern.
Dichtung und Musik von G. A. Lortzing.
Szen. Leitung: Max Möhrer. Musikalische Leitung: Erich Walter. Inspektion: Otto Friedrich.
Ende gegen 9½ Uhr.
Freitag, den 19. November 1920, abends 5½ Uhr. Dauerkarten D 2. **Siegfried** v. Richard Wagner.
Sonnabend, den 20. November 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. Zum ersten Male. **Fräulein Rumpelstilzchen.** Lustspiel in 3 Akten von Rudolf Presber.
Sonntag, den 21. November 1920, abends 7½ Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. **Die toten Augen.** Eine Bühnendichtung von Hans Heinz Ewers. Musik von Eugen d'Albert.

Nur für die Vororte.
Volksvorstellung im Stadttheater
am Sonntag, den 21. November 1920, mittags 1½ Uhr
Faust
Der Tragödie erster Teil von Goethe.
Die Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. für minderbemittelte, über 16 Jahre alte Personen sind in den bekannten Verkaufsstellen am Freitag, den 19. November d. Js., morgens 8 Uhr zu haben.
Danzig, den 15. November 1920. (2737
Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der von der Stadtverordnetenversammlung am 30. März 1920 festgelegten Preisskala sind bis auf weiteres die

Gas- u. Strompreise

wie folgt festgesetzt worden:

I. die Gaspreise

1. für Leucht-, Koch- und Heizgas aus gewöhnlichen Gasmessern
   - a) für Abnehmer, die während einer Ableseperiode durchschnittlich bis 1 cbm Gas täglich verbraucht haben 1,57 Mk. f. d. cbm
   - b) für Abnehmer, die während einer Ableseperiode durchschnittlich mehr als 1 cbm Gas täglich verbraucht haben 1,62 Mk. f. d. cbm
2. für Automatengas, geliefert durch kostenfreie Automatengasanlagen
   - a) für Abnehmer, die während einer Ableseperiode durchschnittlich bis 1 cbm Gas täglich verbraucht haben 1,59 Mk. f. d. cbm
   - b) für Abnehmer, die während einer Ableseperiode durchschnittlich mehr als 1 cbm Gas täglich verbraucht haben 1,64 Mk. f. d. cbm

II. die Preise für elektrische Arbeit

1. für Beleuchtungszwecke, für das Laden transportabler Akkumulatoren, für den Betrieb von Motoren zur Lichterzeugung und für den Betrieb aller Motoren, die weniger als ¾ Pferdestärken haben
   bei Anwendung einfacher Zähler 4.35 Mk. kwh
   „ „ von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit . . . . . . 4.55 „ „
   außerhalb derselben . . . 3.55 „ „
2. für den Betrieb von Motoren, die ¾ oder mehr Pferdestärken haben und nicht zur Lichterzeugung dienen, ferner für den Betrieb von Lichtbädern, sowie von Heiz- und Kochvorrichtungen
   bei Anwendung einfacher Zähler 3.55 Mk. kwh
   „ „ von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit . . . . . . 4.— „ „
   außerhalb derselben . . . 2.70 „ „
3. für alle sonstigen Zwecke bei Anwendung einfacher Zähler . . . . . 4.45 Mk. kwh
   bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit . . . . . . 4.45 „ „
   außerhalb derselben . . . 3.85 „ „

Die Berechnung nach obigen Preisen erfolgt für die Verbrauchsperiode, der die Messerablesungen zugrunde liegen, die nach dem Stichtag (18. November) vorgenommen sind.

Die Preise für Gaskoks

ab Lager betragen
von Donnerstag, den 18. November d. J. an bis auf weiteres
für 1 Ztr. Grob- oder gebrochenen Koks 29.— Mk.
„ 1 „ Koksgrus . . . . 14.50 Mk.

Danzig, den 16. November 1920. (2736

Der Magistrat.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das III. Vierteljahr (Oktober, November und Dezember 1920) sind **bis zum 20. November d. Js.** an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuerrückstände beigetrieben.

Laut Beschluß des Staatsrats vom 11. August d. Js. gelangen für das Steuerjahr 1920 einstweilen:

in den Einkommenstufen von 3001 bis 6000 Mk. nur 50% des veranlagten Staats- und Gemeindeeinkommensteuersatzes,

in **den Einkommenstufen von 6001 bis 10 499 Mk. nur 75% des veranlagten Staats- und Gemeindeeinkommensteuersatzes zur Erhebung.**

Die Staats- und Gemeindeeinkommensteuer bis zu einem Einkommen von 3000 Mk. ist vorläufig nicht zu zahlen.

Alle übrigen Steuern müssen gemäß Veranlagung gezahlt werden.

Bei Zusendung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Absenders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 20. November d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls **die Beitreibungskosten** fällig werden und mit einzuziehen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Kassenstunden werktäglich 8½ bis 1 Uhr vormittags.

Danzig, den 8. November 1920. (2725

Städt. Steuerkasse.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bezirksverein Danzig.
Außerordentliche Mitgliederversammlung
am **Sonntag, den 21. November 1920, vormittags 9½ Uhr im Werftspeisesaal.**
Tagesordnung:
Berichterstattung vom Tarifamt.
Vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Bezirksvereinsvorstand.
Arthur Brill. (2738

Das sozialdemokratische Programm.
Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundsätze von Robert Danneberg.
— Preis 7.50 Mk. —
Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Neues Operetten-Theater
(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.
Heute Donnerstag, d. 18. November
Anfang 7 Uhr Anfang
„Willis Frau“
Ein heiteres Familienbild in 3 Akten von Max Reimann u. Otto Schwartz.
Freitag, den 19. November 1920
Zum ersten Male!
Das Hollandweibchen.
Operette in 3 Akten von Leo Stein und Bela Jenbach.
Musik von Emmerich Kalman.
Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Kodlin, Langermarkt 23 und von 10—4 Uhr im Warenhaus Freymann. Sonntags v. 9—2 an d. Theaterkasse.
Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.
Kassenöffnung 6 Uhr — Rauchen verboten.
In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

U.T. Lichtspiele
Vom 19. bis 25. November
Der III. May-Film
Kolossal-Mia-May-Film
„Die Schuld der Lavinia Moorland“
Drama in 6 Akten nach einem amerikanischen Kriminal-Sensationsroman, in der Hauptrolle die große Film-Diva
Mia May!
Außerdem Vorführungen zweier Lustspiele
4 Uhr — 6 Uhr — 8 Uhr (2785

Rat und Auskunft
in **wirtschaftlichen Fragen** erteilt allen Frauen und **Mädchen** jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends
Die Frauenkommission der S. P. D.
4. Damm 7 II, Zimmer 4.

Der Atheist
von Ernst Ewert
— zu haben in der —
Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Danziger Glossen
von Ernst Ewert
zum Vorzugspreise von 1.50 M.
solange Vorrat reicht
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Ein Kinderwagen, Kinderanzug und Schuhe hat zu verkaufen Kind, Karthäuser Straße 77, II. (†

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.